

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Freie Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Preussisch u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitstelle oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abzugeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verlag: J. Springer-Verlag, Berlin, N. O. 1, Nr. 116.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 25. Mai 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Wer kann zum Reichstag wählen?

Jeder Deutsche, der am 15. Juni 25 Jahre alt ist, kann wählen.

Jeder wählt dort, wo er in die Wählerliste eingetragen ist. Wechselt ein Wähler nach Festsetzung der Wählerliste seine Wohnung, so hat er am Wahltag in dem Bezirke seine Stimme abzugeben, wo sich die frühere Wohnung, die in der Wählerliste eingetragen ist, befindet. Jeder Wähler muß dort eingetragen sein, wo er zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten wohnt.

Es ist nicht notwendig, daß man die Staatsangehörigkeit des Staates besitzt, in dem man wählt, nur Deutscher muß man sein.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind:

1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen.
2. Personen, über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet ist.
3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus Staats- oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.
4. Personen, denen durch rechtskräftiges Gerichtsurteil die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen sind.

Schulgeldbrest, erlassenes Schulgeld, Steuerrückstände sind kein Grund, einen Wähler vom Wahlrecht auszuschließen.

Wählen kann nicht, wer nicht in der Wählerliste steht. Wer es unterläßt, sich zu überzeugen, ob er eingetragen ist, der setzt sein Wahlrecht aufs Spiel.

Reklamation gegen die Wählerliste (wegen Nicht-eintragung von Wählern) müssen binnen acht Tagen vom Beginn der Auslegung der Wahllisten angebracht werden. Die Ansprüche auf Nachtragung sind zu beweisen (durch Legitimationspapiere).

Volksschule und Volksheer!

(Von einem Lehrer.)

Die neue Militärvorlage ist abgelehnt, der Deutsche Reichstag ist aufgelöst worden. Das Volk selbst soll durch Neuwahlen seinen Willen in dieser wichtigen Angelegenheit unmittelbar kundgeben.

Die in den Jahren 1881, 1887 und 1890 bewilligten Verstärkungen des Reichsheeres umfassen insgesamt eine Erhöhung der Präsenzstärke von 401 659 auf 486 985 Mann. Das bedingte eine Vermehrung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben für das Reichsheer von:

315 232 956 M. im Etatsjahr 1879/80	1893/94
auf 428 172 899	1893/94
Dazu kamen als einmalige Ausgaben	
46 152 564 M. im Etatsjahr 1879/80	
dagegen 157 126 000 " " 1893/94.	

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

19

Vom Stamm gerissen.

Von Elise Schweichel.

Unter dessen war unten der Gutsherr von den Seinen in dem festlich illuminierten Hause empfangen worden. Baleska hatte nur den Schlitten vorsehen, Türen auf- und zugehen und lebhaftes Stimmengeräusch heraufstöhnen hören, dann war wieder alles still geworden.

Zum Abendtisch fand sich außer den jungen Damen nur der Lieutenant ein. Der Gutsherr speiste mit Gattin und Schwester auf seinem Zimmer. Als sich Baleska höflich erkundigte, ob er lebend wäre, erfuhr sie, daß dies immer so gehalten würde. Papa liebe es nicht, sogleich mit dem ganzen Schwarm zu essen.

Man erzählte noch dies und jenes von dem Empfange auf der Station und von den Vorkommnissen der Reise, doch Baleska war nicht in der Stimmung, sich dafür zu interessieren und ließ sich auch mit dem Lieutenant, der zum geheimen Leiger seiner Brant, Baleska aus ihrer Kaserne herauszulocken suchte, in kein Gespräch ein.

„Nun müssen wir auch unsere Gefangenschaft einstellen, Fräulein Stern,“ sagte Rosa, wie um sich dafür zu rächen. Baleska that jedoch, als hörte sie es nicht, und zog sich nach beendetem Mahl sogleich zurück.

Am folgenden Vormittag, nachdem sie ihre französische

Sodas die Aufwendungen für das Reichsheer (abgesehen von Pensionen, Invalidengeldern und Zinsen für die vorzugsweise für Militärzwecke aufgenommenen Reichsschulden) im Entwurf für das Etatsjahr 1893/94 sich insgesamt auf 585 298 939 M. belaufen gegen 361 885 520 M. im Etatsjahr 1879/80. — Die neue Militärvorlage erforderte nun eine Heeresvermehrung von 83 894 Mann (ausschließlich der Offiziere); also nicht viel weniger als alle vorhergegangenen Heeresvermehrungen zusammen! — Ueber die daraus erwachsenden Mehrkosten für das Reich hat die zur Vorbereitung der Vorlage eingesetzte Kommission folgende Aufschlüsse gegeben:

1. Fortdauernde jährliche Mehrausgaben (einschließlich der Steigerung der Pensionslast um 5 000 000 und der Schuldzinsen um 2 400 000) = 64 Millionen Mark.
2. Einmalige Ausgaben:
 - a) Zur Ausrüstung etc. . . . 67 800 000 M.
 - b) Zur Kasernierung . . . 104 690 000
 zusammen also nahezu 172 1/2 Millionen Mark.

Zu diesen Zahlen reichten die Militärvertreter jedoch den Vorbehalt, daß sie nur insoweit als bindend zu betrachten seien, als nicht heute noch unübersehbare Verhältnisse, insbesondere etwaige Fortschritte auf dem Gebiete der Technik Verschiebungen nötig machen sollten. Die gewaltigen Kosten für das Heerwesen werden zum weitesten Teil durch indirekte Steuern aufgebracht. Die unentbehrlichen, vorzugsweise von der großen Masse der Volkes gebrachten Nahrungs- und Genussmittel, wie Getreide, Hülsenfrüchte, Reis, Kaffee- und Kaffeeurrogate, Fleisch, Butter, Schmalz, Salz, Zucker, Bier, Branntwein, Petroleum u. a. erfordern dadurch eine künstliche Verteuerung, die den Armen relativ viel schwerer trifft als den Reichen. Dr. Luz berechnet in seinem „Sozialpolitischen Handbuch“, Seite 192, daß die Belastung durch die erwähnten Lebensmittel-Zölle und Verbrauchsabgaben auf Grund der Statistik von 1889/90 bei einem Jahres-Einkommen von:

600 M. die Steuern 46,2 M. oder 7,7 pCt. des Einkommens.	
900 " " " 69,0 " " 7,67 " " "	
1 400 " " " 98,6 " " 6,9 " " "	
3 000 " " " 138,0 " " 4,6 " " "	
4 500 " " " 177,8 " " 3,9 " " "	
14 400 " " " 360,0 " " 2,5 " " "	

beträgt. „Während also der Proletarier, der ungefähr ein Einkommen in der Höhe des Durchschnittseinkommens“ erwirbt, 7,7 pCt. seines Einkommens für indirekte Steuern und Zölle, die allein auf den unentbehrlichsten Lebensmitteln lasten, zu zahlen hat, kommen auf den Besitzenden mit dem statlichen Einkommen von 14 000 M. nur 2,5 pCt. indirekte Abgaben.“

*) Nach einer Berechnung von Soetbeer über das Volkseinkommen im preussischen Staate stellt sich das durchschnittliche Einkommen auf den Kopf des Jeniten im Jahre 1888 auf 941 M. (nach der amtlichen Berechnung des Durchschnittslohnes, welcher auf die dem Unfallversicherungs-Zwange unterworfenen Arbeiter kommt, beträgt derselbe aber im Durchschnitt nur 628 M. für den Arbeiter). — Wie groß die Zahl derjenigen ist, welche aber weniger als das Durchschnittseinkommen aufweisen, geht aus der weiteren Berechnung Soetbeer's hervor, der nachweist, daß im preussischen Staate in den Jahren 1876 bis 1888 nicht weniger als 94,4 pCt. der Jeniten ein jährliches Einkommen bis 914 M. im Durchschnitt haben und 41,36 pCt. hatten nur ein Einkommen bis 420 M.“ Luz, Sozialpolitisches Handbuch p. 87.

Im Jahre 1877/78 betragen die Reichseinnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern 237 Millionen Mark; für das Jahr 1892/93 sind sie auf 603 Millionen veranschlagt. Hand in Hand mit den Heeresvermehrungen ging also eine gewaltige Steigerung der jeder sozialen Gerechtigkeit hohnsprechenden indirekten Steuern. Auch zu den Kosten der neuen Militärvermehrung sollten wieder vorzugsweise die im Schweiße ihres Angesichts sich ihr kümmerliches Brot suchende breite Masse herangezogen werden. Es ist den „patriotischen“ Kapitalisten nicht im Traume eingefallen, zugleich mit ihrer lebhaften Agitation für die Militärvorlage die öffentliche Bitte an die Regierung zu richten, wenigstens die materiellen Kosten der geplanten Verärgerung durch eine entsprechende Verstärkung der direkten Besteuerung der hohen und höchsten Einkommen zu decken. —

Der Vorstand des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller hat nachträglich angeregt, daß die deutsche Industrie und der deutsche Handel inklusive der großen Banken und die Wohlthätigen an der Börse“ angesichts der Thatsache, daß allein die deutschen Aktiengesellschaften bei einem Kapital von etwa 5000 Millionen Mark einen Reingewinn von etwa 500 Millionen Mark aufbringen“ einen „Zuschuß“ zu den Kosten der Heeresvermehrung ausbringen sollen. Das würde außer der Stärkung der Wehrkraft, auch noch andere große Vorteile für den Staat im Gefolge haben. Der berechtigten Einfluß im Staat wird in die Hände derjenigen zurückzuführen, welche mehr Einfluß für die Bedürfnisse derselben haben, sowie den guten Willen und die Macht, solche zu befriedigen. Die Verkünderung des Einflusses im Staat auf viele kleine und unzufriedene Elemente liegt nicht im Wesen einer vernünftigen Staatsraison; nur die Günstigen, Verkündigen und Starke (!) sollen regieren bzw. der Regierung mit ihrem Rathe zur Seite stehen.“ — Daß dieses etwas verkappte Anerkennen gerade von den Eisen- und Stahlindustriellen ausging, legt schon gewisse kaufmännische Vermutungen nahe; daß diese Herren aber durch ihren „freiwilligen Zuschuß“ die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts und eine Aenderung der Verfassung zu gunsten des politischen Einflusses der Hochfinanz noch nebenbei erlangen wollen, das ist doch eigentlich das Stärkste, was der „Patriotismus“ bis jetzt geleistet hat. —

Angesichts der Riesensummen, welche die neue Militärvorlage forderte, ist es kein Wunder, wenn der Mehrheit der Reichstags-Abgeordneten denn doch dieser Brocken im Halse stecken blieb. Da war alles Würgen vergebens. Ummäßig, zerstückelt und vertheilt wäre es vielleicht noch hinuntergegangen; aber das pakte den Herren vom Militär nicht. Es sollte rasch gehen, wie alles im militärischen Leben, wenn man von der Reform des Militär-Gerichtswesens absteht. Ein paar Ecken ließ man schließlich an dem Koloss abschlagen; auf ein paar Tausend Heeruten wollte man fürs erste verzichten. Später würde man ja doch den Rest und noch vieles mehr erhalten, denn die zweijährige Dienstzeit, dieses werthvolle Handelsobjekt sollte dem Gegner nur leihweise, nur als Wirttums gewährt werden.

Der Mann, dem das große Werk des Kompromisses beinahe gelungen wäre, der verstoffene Zentrumsführer Freiherr von Bülowe ist insbesondere der deutschen Wehrwelt wohlbekannt. — Als zum letzten Male, im Anfang dieses Jahres, der Versuch gemacht wurde, das Versprechen einzulösen, daß im Artikel 25, Abschnitt 2 der Verfassung dem Volksschullehrerstande gegeben ist, und daß

Stunde mit Elfriede gehalten, schritt sie wie sonst zur Gefangenschaft nach dem Musikzimmer hinab.

„Ach, das trifft sich prächtig, Fräulein Stern“, kam ihr Agnes hier glücklich entgegen. „Papa ist nach dem Walde geritten und kommt vor einer Stunde nicht wieder. Wir können daher ganz ruhig singen.“

„Das würden wir auch ohnedies,“ versetzte Baleska gelassen, indem sie den Flügel öffnete und einige Gänge über die Tasten machte.

Es war jedoch noch keine halbe Stunde verflossen, als Elfschen mit den Worten ins Zimmer stürzte:

„Papa ist da, hört auf, hört auf!“ Dabei wollte sie das Solfeggienheft vom Notenpulte reißen, um jede Spur des frevelhaften Attentates auf das zarte musikalische Ohr des Hausherrn zu entfernen. Baleska kam ihr jedoch zuvor.

„Sie gehen hinaus, Elfriede; und Sie, Fräulein Agnes, haben die Güte, fortzufahren,“ sagte sie ruhig aber bestimmt. „Meine Funktionen hier im Hause sind durchaus öffentliche und ich werde sie ausüben, bis Ihr Herr Vater mich derselben zu entheben beliebt.“

„Was ist denn das?“ sagte Herr von Kries, der, in die Vorhalle tretend, die letzten Worte durch die offen gebliebene Thür des Musikzimmers hörte, zu seiner ihm entgegenkommenden Gattin, indem er sich seines Reitrodes entledigte und mit der Gertche den Schnee von den Stiefelspitzen klopfte. Und als gleich darauf die unterbrochene Gesangsübung wieder aufgenommen wurde: „Ach, die neuen Klünste, die hier getrieben werden! — Wetter, keine üble Stimme!“ setzte er hinzu, als Baleska, um die zitternde Agnes zu er-

muthigen, mit ihrer Glockenstimme einfiel. „Das ist wohl der Edelstein, den Du erworben, Fräulein?“

„Ja, Herrmann, es ist ein Edelstein. Und die Kinder haben so viel bei ihr profitirt. Du wirst Dir doch von ihnen vortragen lassen?“ schmeichelte sie. Aber Herr von Kries schlug abwehrend mit der Hand und eilte nach seinem Zimmer, um mit dem Inspektor Rechnungen durchzugehen.

Als sich die Familie zu Tisch versammelte, wurde Baleska dem Hausherrn vorgestellt. Sie hatte von demselben Photographien aus allen Lebensaltern gesehen und war daher auf seine Erscheinung vorbereitet gewesen; dennoch war sie überrascht. Es war eine hohe, vornehme Gestalt. Das scharf geschnittene Gesicht glich dem seiner Schwester, nur daß die Härte des Irigen hier mehr als Hochmuth und Selbstbewußtsein erschien, welche anzogen und zugleich einschüchterten. Die durch Kurzsichtigkeit angenommene Gewohnheit, das Auge zusammenzuziehen, gab seinem Gesicht noch dazu den Ausdruck beständig forschender Beobachtung. Das dicke, kurzgeschneidene Haupthaar war schon leicht mit Grau gemischt, während der stattliche Vollbart noch sein ursprüngliches Kastanienbraun bewahrt hatte. Der spitze gebreite Schnurrbart war viel heller und hatte beinahe einen rötlichen Schein. Alles in allem war er ein schöner Mann; dennoch machte er keinen sympathischen Eindruck auf Baleska, als er sich sehr steif und mit abschüchlicher Flüchtigkeit vor ihr verneigte. Er richtete auch kein Wort an sie, ein guter Beobachter hätte jedoch bemerken können, daß er häufiger als es zum Betrachten der Speisen nötig war, von seinem Pincenez Gebrauch machte und daß sein Blick dann jedes Mal wie zufällig Baleska streifte.

Die Unterhaltung am oberen Ende des Tisches war

Wähler! Parteigenossen!

abgeschlossen. Wer diesen letzten Tag versäumt, geht, wenn sein Name nicht in der Liste steht, des Wahlrechts verlustig. Wähler, Parteigenossen, agitirt mit aller Energie dafür, daß die Sämmigen ihrer Pflicht genügen, die Wahlliste einzusehen.

Wer die Wählerliste noch nicht eingesehen hat, muß es heute, Donnerstag, thun. Heute Nachmittag 3 Uhr werden die Wählerlisten

zunehmend seit 40 Jahren seiner Erfüllung harzt: Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein festes, den Lebensverhältnissen angemessenes Einkommen (Worte des Kultusministers Voss bei der Einbringung seines Gesetzesentwurfs betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienstverhältnisses der Volksschullehrer am 10. Januar 1893) — da sagte ebenderselbe Freiherr von Huene in der Kommission, welche die gewaltige „Dreimillionen-Vorlage“ zu Fall brachte:

„Die zum Gesetz eingegangenen Petitionen sind alle über einen Leisten geschlagen; die Lehrer können eben nie genug bekommen!“

Die schulfremde Besetzung, die sich in diesen Worten des „patriotischen“ Kompromißlers und Militär-Millionen-Bevollmächtigten ausdrückt, tritt erst in volle Beleuchtung anlässlich der statistischen Zusammenstellungen, die der Kultusminister zur Begründung seiner mehr als bescheidenen Vorlage vorgelegt hat. Das „Sozialpolitische Zentralblatt“ (1893 Nr. 20) berichtet darüber:

„In trockenem Denkschriftentone entwirft so die „Begründung“ ein Bild, welches fast in gleicher Weise verurtheilend ist sowohl für den Zustand, welchen die Reform vorseht, als auch für die niedrigen Ziele, welche sie sich steckt. Gehälter von 540 und 600 M. die etwa einem Tagelohn von 2 M. entsprechen, werden für seminariell gebildete Lehrer als Normalgehälter bezeichnet. Höhere Zahlen als 1200 M. sind im Vorsehenden überhaupt nicht vorgelommen. Gehälter, die diese Höhe überschritten haben, scheinen behördlicher Fürsorge nicht mehr zu bedürfen. Hierin liegt ein fundamentaler Irrthum in der Behandlung der Lehrergehälterfrage. Die Beschränkung der Reformfrage auf die Beseitigung der Standesbesetzung ist schuld daran, daß diese Beseitigung nur so unvollkommen gelingt. So lange auch die sog. besseren Stellen (namentlich auf dem Lande) nur gerade auskömmlich besetzt sind, wird diese Thatsache immer ihren Einfluß nach unten hin drückend ausüben. Den besten Beweis hierfür liefert die Begründung selbst mit ihrem Ueberblick über die gegenwärtigen Verhältnisse, welcher in geradezu erschreckendem Maße zeigt, in welcher breitem Umfange gerade die niederen und niedrigen Gehaltsstufen vertreten sind.“

Nach diesem Ueberblick bezogen von den auf dem Lande vorhandenen vollbeschäftigten 42 228 Lehrern

14 ein Stellen-Einkommen	bis	800 Mark
83	von	301—450
2382	„	451—600
9706	„	601—750
5819	„	751—900
8176	„	901—1050
7320	„	1051—1200
3899	„	1201 u. m.

Sonach erhielten 12 185 gleich 29 pCt. aller Landlehrer ein Einkommen (ausschließlich Wohnungs- und Feuerungsgebühren sowie event. Dienstalterszulage) bis zu 750 Mark. 87 699 gleich rund 89 pCt. aller Lehrer hatten ein Einkommen bis zu 1200 M. Nur 4823, also rund 11 pCt. aller Landlehrer, waren so glücklich, ein Stelleneinkommen über 1200 M. zu beziehen.

Rechnet man nun die von der Vollerfüllung des 10. Dienstjahres ab gewählten staatlichen Alterszulagen hinzu, so bezogen:

9 Lehrer ein Einkommen	bis	300 Mark
78	von	901—450
2906	„	451—600
8127	„	601—750
2938	„	751—900
5734	„	901—1050
6952	„	1051—1200
5041	„	1201 u. m.

Auch hiernach blieben noch 8523 Landlehrer in ihrem Einkommen unter 750 M., sodaß von den oben erwähnten 12 185 Lehrern mit einem Stelleneinkommen bis zu 750 M. jedenfalls 3862 schon mehr als zehn Dienstjahre zählten! — Im übrigen bleiben immer noch 29 208 gleich 89 pCt. aller Landlehrer, die sich mit einem Einkommen bis zu 1200 M. begnügen müssen.

Auch von den städtischen Lehrern bezogen, unter Ausschluß

der eventuellen Dienstalterszulagen, rund ein Siebentel ein Einkommen bis zu 810 M. und rund die Hälfte ein solches unter 1200 M. Selbst mit Einschluß der Dienstalterszulagen blieben noch 2739 städtische Lehrer mit einem Einkommen bis zu 810 M. und 8783 = 42 pCt. aller städtischen Lehrer mit einem Einkommen bis zu 1200 M.

Das sind in der That ganz außerordentliche Beweise staatlicher und kommunaler Fürsorge für Männer, die sich einem Berufe widmen, der, reich an inneren Mühseligkeiten und Entschaffungen aller Art, eine Grundarbeit zu leisten hat, ohne die unsere ganze höhere Kultur alsbald in wüste Finsterniß zurückfallen würde. Und die 3 Millionen, die die Regierung zur Beseitigung dieser Mißstände spenden wollte, sind des ungeachtet von der konservativ-liberalen Mehrheit der preussischen Landesvertretung gestrichen worden. Von einem Nothstand der Lehrer kann man nicht mehr sprechen, seitdem mehrere Erhöhungen der Lehrergehälter beschlossen, Alterszulagen gewährt und Pensionsbeiträge erlassen sind — meinte kalblütig der vornehme Führer der Konservativen, Freiherr von Münigterode-Rositten. In der „Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung“ schrieb dagegen in seinen „Neujahrsgeboten“ (1892 Nr. 1) Fr. Gärtner:

„Die Abschlagszahlungen stillen nur die drückendste Noth, verschaffen aber kein sorgenfreies Dasein, um mit voller Freude und ungetheilter Kraft den Kampf mit den Widerwärtigkeiten des Berufes aufnehmen zu können. Materielle Sicherstellung ist der erste Grad der geistigen Freiheit. Sie sichert unabhängigen Sinn, männliche Sicherheit, richtiges Selbstvertrauen und Lebens- und Berufsfreude. Ein gedrücktes Lehrergemüth, ein sorgenschweres Haupt eignen sich nicht zur Leitung einer fröhlichen Jugendschar. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden können, wollen wir doch hoffen, daß die Gehaltserhöhung eine wirklich fühlbare wird.“ — Ja wohl, die materielle Sicherstellung ist der erste Grad der geistigen Freiheit, denn sie ist die Grundlage eines gesunden Mannesbewußtseins; und nur aus diesem können Freiheit des Geistes und Adel der Seele entspringen und zu edlerem Menschthum sich ausleben. Aus Körper und Geist besteht der Mensch, ein in enger Wechselbeziehung verbundener Organismus. Der Geist aber, der nicht für die heiligsten Grundrechte seines Körpers eintritt, verurtheilt sich selber zu elender Verkrüppelung, zu schmachlichem Hinsinken und Hinsinken in das Gemeine. Fort mit jener albernem und kulturfeindlichen Fabel, daß die Sorge für das Leibliche, der Anspruch auf volle materielle Werthung unserer Arbeit sich nicht mit vornehmer Denkart vertrüge. Dieser Anspruch vertritt sich nicht nur mit ihr, es ist sogar schimpflich und unmännlich, nicht mit voller Entschlossenheit den Antheil an materiellen Gütern zu verlangen, den wir und unsere Lieben zu einer menschenwürdigen Existenz bedürfen. Hierin sollte sich die preussische Lehrerschaft ihren König Wilhelm II. zum Vorbild nehmen, der sich erst vor kurzem seine Zivilkiste um 3 Mill. Mark erhöhen ließ. Wenn Herr Stöder einmal meinte, die preussischen Lehrer sollten und wollten sich ihre Dienste nicht mit preussisch Kourant bezahlen lassen, so ist dies insofern richtig, als die Lehrer außer der materiellen Werthung auch die ideale Würdigung ihres Berufes verlangen. Das eine thut und das andere nicht lassen, Herr Stöder! Beides gehört zu den Pflichten gegen uns selbst. Die Missachtung der Pflichten gegen uns selbst aber kann ebenso wenig ohne sinnlichen und sittlichen Schaden geschehen, wie die Missachtung unserer Pflichten gegen Schule, Volk und Menschheit! Unvergessen sei darum das schöne Wort des Zentrumsabgeordneten Herrn von Schalscha von der bis ins Unendliche sich steigenden Begehrlichkeit der Lehrer: „Die durch neue Bewilligungen „nur noch ungeheurer“ wird. Angesichts ihrer überaus kläglichen materiellen Lage hat die Lehrerschaft die Pflicht, diesem frechen Wort des Huene-Mitters wenigstens den Schein von Wahrheit zu verschaffen.“

Auf dem Wege der unterthänigen Bitte ist nichts zu erreichen, das hat eine schon allzulange Erfahrung gründlich bewiesen. Auch ist dieser Weg des Lehrers unwürdig. Er verläßt sein Recht als freier Mann; er verlangt es zu seinem eigenen und zu der Schule Wohl als pflichtbewußter Arbeiter im Dienste des Volkes. „Der Lehrer darf ein Gehalt beanspruchen, von dem er leben kann; er verlangt kein Almosen, sondern den gerechten Lohn für seine Arbeit. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes

worth, auch der Lehrer, ja auch der Volksschullehrer. Generationen sind mit immer neu erregten, aber nie erfüllten Hoffnungen ins Grab gestiegen. Soll sich das grausame Spiel denn immer und immer wiederholen? Können es die Vertreter der Väter noch immer nicht begreifen, wie bitter, wie unsagbar bitter es ist, für ehrliche Arbeit mit Hungerlöhnen besoldet zu werden und sich jede Minimalaufbesserung als besondere Gnadenbeweisung vorzulegen zu lassen? Soll auch das lebende Geschlecht mit der bitteren Klage ins Grab steigen: „Nur für leere Hoffnungen hast du ein Leben voll pflichttreuer Arbeit vollbracht! Hast Hunderte, nein Tausende zu vernünftigen Menschen gebildet, die ihr auskömmliches Brot finden, während mit dir die Sorge täglich sich zu Fische schiebt, den Schlummer von deinem Lager schaukelt und sich dir noch auf dem Sterbelager beigesellt! Seien Sie unseres Wohlwollens versichert, Ihre Wünsche sollen thunlichst befriedigt werden, sobald verfügbare Mittel vorhanden sind.“ Das sind so, bald in dieser, bald in jener Fassung, die leeren Reden, mit denen der Lehrerstand seit mehr als hundert Jahren zum Warten verwiesen wird. Aber es liegt nicht am Können, es liegt am Willen. Noch nie hat sich ein Arbeitgeber durch zu hohe Löhne geschädigt; das Gegentheil ist meistens der Fall. Es bleibt unsere feste, unerschütterliche Ueberzeugung: Wo der Wille ist, da ist auch ein Weg.“ Sollen wir wieder mit einem frommen Wunsch schließen? Nein! Wir haben nichts zu hoffen! Die Zukunft wird es lehren, daß das bittere Wahrheit ist!“ So schrieb ein Lehrer in der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“ im Januar 1892 („Stimmungsbilder aus Preußen“ von — r. Sp.). Seine Voraussage hat sich inzwischen gründlich bewährt; die Erkenntniß, auf die er sie stützte, hat sich damit voll und ganz als richtig erwiesen: Die Regierung hat nicht den Willen, die Lage des Lehrstandes wirklich auf die Höhe zu heben, die ihm nach der Auffassung modern denkender Männer zukommt. Als die Militärvorlage abgelehnt wurde, löste man den Reichstag auf; hat man auch nur von ferne daran gedacht, den Landtag aufzulösen, als die Dreimillionen-Dotation abgelehnt wurde? — Aristokratische Kammerringe, autokratische Geisliche und bureaukratische Juristen haben die Volksschule in ihrer Gewalt. Der jeweilige Minister ist ihr Minister, der gar nichts Entscheidendes thun könnte, selbst wenn er wollte.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Mai.

Die Kostendeckung der Militärvorlage. Der „Reichsanzeiger“ bringt eine ihm offenbar aus dem Reichshausamt zugesandte Darlegung über die Finanzfrage der Vorlage. Es heißt darin:

In der Tagespresse werden Mittheilungen verbreitet über die Beschaffung der Deckung für die Ausgaben, welche im Reichshaushalt durch die Annahme der Militärvorlage erwachsen würden. Es soll danach in der Absicht liegen, auf eine Erhöhung der Brauksteuer und der Verbrauchsteuer von Branntwein zu verzichten und statt dessen eine härtere Belastung des Tabaks oder, wie andere zu wissen meinen, die Einführung eines Branntweinmonopols vorzuziehen. Daß diese weitere Interessentkreise beunruhigende Behauptungen nur auf Kombinationen beruhen und nicht zum geringsten Theil lediglich der Beunruhigung wegen erfunden sind, ergibt sich schon aus dem bisherigen Verlauf der Angelegenheit. Die aus einstimmigen Beschlüssen des Bundesraths hervorgegangenen Gesetzesentwürfe wegen Erhöhung der Branntwein- und Branntweinsteuer und der Stempelabgaben sind im Reichstage und in dessen Kommission zu eingehender Berathung nicht gekommen. Es ist dies bedauerlich, da es hiernit den verbündeten Regierungen auch an einer Gelegenheit gefehlt hat, den größeren Theil der dagegen erhobenen Einwendungen zu entkräften. Daß an der vorgeschlagenen Art der Deckung von seiten der verbündeten Regierungen nicht klar festgehalten wird, viel-

keineswegs sehr belebt und hätte ohne das Gepolter des kleinen Hans, der zwischen den Eltern saß, häufig gestocht. Weiter unten ging es lebhafter zu. Der Leutnant, wie immer zu Redereien ausgeleitet, plänkelte nach allen Seiten, am meisten zu Waleka hinüber, die es heute in ihrem Interesse fand, darauf einzugehen, und seine Streiche mit gewohntem Geschick parirte. Der Gutsherr war zerstreut und unruhig; das muntere Wortgefecht schien ihn zu verdrängen.

„Ich muß gleich nach Tisch hinüber nach Gansau, Frauen“, sagte er, als man bei Butter und Käse war. Baron Hellendorff erwartet mich; wir wollen zusammen nach Hofchen zum Major. Es muß etwas geschehen gegen die Wählerkreise der Sozialdemokraten, die uns hier die Bauern auffässig machen. Ich habe dieses Treiben schon von Berlin aus im Auge gehabt. Das kann nicht so fortgehen. Wir Grundbesitzer müssen uns über die zu ergreifenden Maßregeln besprechen.“

Waleka überließ es bei dieser Rede heiß und kalt, aber sie besaß Selbstbeherrschung genug, um ihr Interesse daran durch nichts zu verrathen. Nur das seine Ohr brannte unter den dunkeln Ringeln, die es umspielten, in lebhaftem Zerknagen.

„Für es denn gleich heute sein?“ nahm Fräulein Adele für die Hausfrau das Wort, welche mit betrübter Miene mit dem Messer auf ihrem Teller spielte.

„Ja wohl, noch heut“, erwiderte Herr von Kries mit kaum unterdrückter Ungebuld. „Es ist die höchste Zeit, daß etwas geschieht. Da lebst Ihr nun täglich die Zeitung und wißt nicht, was in Euere nächsten Nähe vorgeht, seht er in jenem verneinenden Tone hinzu, den man Kindern gegenüber anspricht.“

„Entschuldige, lieber Bruder“, fiel Fräulein Adele etwas gereizt ein. „Wir lesen die Zeitungen, das ist richtig, aber doch nur, was für uns von Interesse ist. Wir lesen die parlamentarischen Nachrichten, oft auch einen ganzen Sitzungsbericht, wenn Bismarck oder einer der Führer unserer Partei gesprochen hat. Wir lesen die Hofnachrichten und den Annoncenheil. Aber Du kannst doch nicht ver-

langen, daß wir uns mit dem Treiben jener rohen Menschen beschäftigen!“

„Rohe Menschen! Ja, wenn es nur solche wären! Aber das ist ja eben das Uebel, daß Gelehrte, sogenannte Gebildete die verderblichen Lehren ausbreiten, an die sie natürlich selbst nicht glauben und die Massen damit in Gährung versetzen. Da wühlt gerade ein solcher jetzt in unserer Gegend. In Wihin, Friedberg, Subau, in allen Nestern, wo er Versammlungen abgehalten, hat er einen rasenden Zulauf gehabt. Heute spricht er in Neukirch. Der Mensch soll eine glänzende Beredsamkeit besitzen. Diese Art ist die gefährlichste.“

„Und der kommt aus Ihrem Königsberg, mein gnädiges Fräulein, aus der Stadt der reinen Vernunft“, neckte der Leutnant Waleka über den Tisch hinüber.

„Vielleicht bewährt sie auch hierin ihren alten Ruf“, gab diese lachend zurück.

„Oho, das klingt ja ganz revolutionär! Wenn Sie eine Russin wären, ich weite, Sie wären vielleicht gar Nihilistin.“

„Da ich aber eine Deutsche bin, so meinen Sie, dürfte ich gar keine, geschweige denn eine politische Meinung haben.“

„Das will ich keineswegs gesagt haben. Allen Respekt vor Ihrer —“

„Gefegnete Mahlzeit, meine Herrschaften“, unterbrach hier Herr von Kries das kleine Scharmügel, indem er aufstehend seinen Stuhl geräuschvoll zurückschob. Wie ein Mann folgte die ganze Gesellschaft seinem Beispiel, während er bereits ein Fenster nach dem Hofe geöffnet hatte und eine schulle Pfeife, als Zeichen zum Anspannen, ertönen ließ. Nach flüchtigen gegenseitigen Verbeugungen stoben die Tischgenossen auseinander.

Auf ihrem Zimmer angekommen, maß Waleka dasselbe mit erregten Schritten. Was sie eben bei Tische gehört hatte, zeigte ihr klar, in welcher prekären Lage sie sich befand. Sie durfte es jetzt auf keinen Fall wagen, ihren Brief an Dettinger auf dem gewöhnlichen Wege zu befördern. Dieses wäre, nach dem, was sie heut gehört, gleichbedeutend mit sofortiger Entlassung gewesen, und in welchem Lichte

müßte sie der Familie erscheinen, wenn man ihre Korrespondenz mit dem verabscheuten Agitator entdeckte!

Aber sie mußte ein Mittel finden, ihren Brief zu befördern, schon um Dettinger einen Wink in bezug auf das feindliche Vorgehen der Gutsbesitzer zu geben. Dann und wann blieb sie auf ihrer Wanderung stehen und schaute sinnend vor sich hin.

Wiederholt war ihr Herr Thäns eingefallen, der ihr von ihrer damaligen gemeinsamen Fahrt her ein besonderes Wohlwollen bewahrt, und mit dem sie, wo sich die Gelegenheit geboten, ein freundliches Wort gewechselt hatte. Bei den aristokratischen Gewohnheiten der Familie war es jedoch schwer, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Der Gedanke, sich ihm anzuvertrauen, nahm indessen immer bestimmtere Gestalt an, und jetzt bligte noch ein anderer in ihr auf, der sie mit einem Schlage zum Entschluß brachte.

Ein Tagelöhner aus einem entlegenen Dorfe, der beim Holzfällen in den Kries'schen Waldungen vor einigen Tagen zu Schaden gekommen, war im Inspektorhause untergebracht. Er wurde aus der Herrschaftsküche verpflegt, und Frau von Kries war schon öfter selbst hinübergegangen, um nach dem Manne zu sehen. Konnte Waleka nun an diesem Tage, wo die Hausfrau mit anderen Dingen beschäftigt war, nicht stillschweigend deren Amt übernehmen und dabei Herrn Thäns ihren Brief anvertrauen? Natürlich müßte sie diesen über ihr Verhältniß zu Dettinger aufklären. Dies widerstand ihr zwar ebenso wie das Heimliche des ganzen Verfahrens. Es gab jedoch keinen anderen Weg, und sie hatte das Vertrauen zu dem Manne, daß er sie verstehen und ihr Geheimniß ehren würde. Zudem hielt sie ihn für einen heimlichen Anhänger der Sozialdemokratie, weshalb sie für ihn eine besondere Sympathie empfand. Nun war es zwar keineswegs gewiß, daß sie Herrn Thäns bei ihrem Besuche des Kranken zu Hause traf, indessen wollte sie es darauf ankommen lassen. Sie schloß daher ihren Brief, nachdem sie Dettinger ihren Entschluß, Herrn Thäns' Vermittelung in Anspruch zu nehmen, mitgetheilt hatte, und wartete eine gelegene Zeit ab, um unbedenkt zum Ganje hinaus und über den Hof schlüpfen zu können. (Fortsetzung folgt.)

mehr die Bereitwilligkeit besteht, auch andere Möglichkeiten zur Beschaffung der erforderlichen Mittel zu erörtern, sofern solche von der Mehrheit des Reichstages vorgezogen werden, ist bei den Verhandlungen von der Vertretung des Bundesrats zu erkennen gegeben. Bis jetzt mangelt es aber, auch abgesehen von der Ungewissheit über die Mehrheitsbildung im nächsten Reichstage, an einigermaßen verlässlichen Anzeichen dafür, daß andere Steuerpläne größeren Entgegenkommen finden würden. Es ist die Pflicht der Reichsfinanzverwaltung, jede ihr gegebene Anregung zu prüfen; bis jetzt aber haben nur diejenigen Projekte, welche auf eine wirksamere Besteuerung des Luxus abzielen, mit einiger Aussicht auf Erfolg näher in Betracht gezogen werden können.

Mit diesem Dementi wird man die wohl begründeten Befürchtungen des Volkes vor neuen Verbrauchssteuern und Monopolen nicht verschonen. Kein urtheilfähiger Mensch wird selbst bei Herrn von Malhahn die naive Ansicht vermuthen, daß mit einer wirksamen Besteuerung des Luxus für die Kostenbedeckung der Militärvorlage irgend etwas erhebliches beschafft werden kann. Uebrigens sind wir die letzten, welche den Herren, die jetzt an der Krippe sitzen, zumuthen, daß sie willkürlich ihren Luxus ernsthaft besteuern zu lassen. Aber hinter der wirksamen Besteuerung des Luxus steht unzweifelhaft ganz anderes als die Besteuerung der Equipagen, Dienerschaft und dergleichen, was sonst männiglich unter Luxussteuer verstanden wird. Die Herren Malhahn, Miquel, Nield wollen das besteuern, was sie unter Luxus des Volkes verstehen, die Pfeife Tabak, das Bier, das Gläschen Schnaps! Für diese Herren lebt das Volk noch immer viel zu gut. Tabak, Bier, Schnaps sind unentbehrliche Ausgaben, sind Luxus für den Arbeiter und Bauer, dieser Luxus muß besteuert werden. Und so widerlegt der Schluss des Dementis den sonstigen Inhalt. Die stärkere Belastung des Tabaks, das Brauntweinmonopol, das ist die wirksame Besteuerung des Luxus, damit kann man auch das Geld aus der Tasche des Volkes für die Militärvorlage beschaffen, ohne daß das große Kapital irgendwie erheblich in Mitleidenschaft gezogen wird! —

Die neuen vierten Bataillone. Die „Ulmer Bzg.“ berichtet, daß dort durch die Ministerstraße neue Munitionswagen für das vierte Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 123 die Straße passirt hätten. Die „Ulmer Bzg.“ wundert sich darüber, da doch für die vierten Bataillone und für diese Munitionswagen vom Reichstag nichts bewilligt sei. Diese Verwunderung ist nicht gerechtfertigt. Die vierten Bataillone als Kriegstruppen sind im Mobilisationsplan längst vorgesehen, schreibt die „Freisinnige Zeitung“. Alles Material für dieselben ist längst in den Depots vorhanden und zwar beschafft aus großen Krediten, welche der Reichstag zu diesem Zweck bewilligt hat. Der Vorgang besteht nur, wie auch in der Militärkommission festgestellt wurde, daß es sich bei der Militärvorlage gar nicht um eine Vermehrung der Kriegstruppen und eine Verstärkung der Kriegsmarine, sondern darum handelt, im Frieden bereits Stämme bereit zu halten für die auch ohne die Militärvorlage im Kriege bereits zur Aufstellung gelangenden vierten Bataillone. —

Übungen des Verurlaubtenstandes. Der bayerische Kriegsminister hat die Bezirkskommandos beauftragt, die etwa auf den Wahltag fallenden Frühjahrsübungen der Landwehr zu verlegen. —

Zum Breslauer Zentrumskontinentel. Der frühere Abgeordnete Letocha, der dem Kontinentel präsident hat, erklärt in der „Germania“:

„Der Abstimmung ist eine dreistündige Debatte namentlich über die Frage vorausgegangen: ob und inwiefern die Wahlkandidaten den Wählern gegenüber mit bezug auf die Militärvorlage zu obliegen und ob die Gewählten namentlich mit vorgeschriebener Marschroute in den Reichstag zu entsenden sind? Bei dieser überaus lebhaften Debatte wurde fast allezeit die letzte Frage verneint und dabei die Ansicht vertreten: „Daß den zu wählenden Abgeordneten volles Vertrauen zu schenken und daß es deshalb auch ihrem gewissenhaften Ermessen zu überlassen sei, nach sorgfältiger Prüfung der neuen Vorlage das Votum noch beidem Wissen und Gewissen abzugeben.“ Mehrseitig wurde dabei aber auch geltend gemacht, daß die Stimmabgabe in und mit der Zentrumsfraktion auf dem Boden der Bindhorf'schen Resolutionen mit deren Verurtheilung der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht stattzufinden habe.“

Also doch die „Politik der freien Hand“! —

Die Wetterfahnen. Unter dieser Ueberschrift leitartikel die „Vossische Zeitung“ über die anderen bürgerlichen Parteien, die vor wenigen Monaten die Militärvorlage auf das schärfste kritisirten und für unannehmbar erklärten, jetzt aber mit demselben Eifer für dieselbe eintreten und alle möglichen Schmähungen auf die Gegner der Militärvorlage häufen. Die gute Tante mag mit ihrer Kritik Recht haben, nur wäre es gut, wenn sie ihre eigene Stellung klar legen würde. Eine Wetterfahne hat doch wenigstens etwas Gutes, sie zeigt, woher der Wind weht; die „Vossische“ aber flottirt ängstlich zwischen den Wasserflüssen und den Badenstrümpfern der weiland „Deutsch-Freisinnigen Partei“ hin und her, und wartet ab, für wen von beiden sich der Wind entscheiden mag, um ihm seine Ausladung darzubringen. Diese Vorsicht mag „Klug“ und vom Geschäftsinteresse geboten sein; wer sie aber übt, hat kein Recht mehr, an der Wetterwendigkeit anderer Parteien Kritik zu üben. —

Erleichterung des Geschäftsverkehrs zwischen russischen und preussischen Gerichtsbehörden soll nach einem im „Reichs-Anzeiger“ publizierten Abkommen zwischen der russischen und deutschen Regierung eintreten. Die Staatsanwaltschaften, Zivil- und Militärgerichte beider Staaten sollen unmittelbar mit einander verkehren dürfen. Öffentlich handelt es sich dabei nicht so ganz nebenbei auch um Erleichterung der Auslieferung politischer Verdächtiger. Wir kommen auf die Sache noch zurück. —

Wie der preussische Eisenbahnminister spart. Auf dem Anhalter Bahnhof zu Berlin wurde acht Tage vor Weihnachten 70 Mann vom Fahrpersonal der Güterzüge gekündigt. Zu Neujahr wurden weitere 20 Mann (Hilfsbremser) entlassen. Früher hatte der Bremser rund 20 Achsen zu bremfen, seit dem 1. Mai rund 30; seine Arbeit und seine Verantwortung ist also größer. Anfang Mai wurden weiter 33 Mann vom Fahrpersonal zum

Streckenpersonal versetzt mit der Erklärung, wenn das nicht gefalle, könne gehen. Ferner wurden aus dem Rangierpersonal eine Anzahl der jüngeren Leute entlassen und wurden dafür ältere Leute vom Fahrpersonal eingestellt. Die Arbeit, die ununterbrochen von Morgens 6—12 Uhr und Nachmittags von 1—6 Uhr währt, ist sehr anstrengend und lebensgefährlich und namentlich ungünstig für ältere, weniger gewandte Leute. Der Verdienst für diese schwere Arbeit ist erbärmlich. Er beträgt per Tag 250 M. und 20 Pf. Rangirgeld; nach vierjährigem Dienst erhält der Arbeiter 270 M. und 20 Pf. Rangirgeld. Man stelle sich vor, wie von diesem Hungerlohn eine Familie zu leben vermag. Auch beim Rangiren ist jetzt die Arbeit anders und schwerer eingerichtet als fröhlich. Der Rangirdienst an den Vormittagen wurde früher von Kolonnen in Stärke von 6 Mann versehen, jetzt müssen 4 Mann das selbe leisten. Den Sonnabend auf Sonntag tritt der Wechsel zwischen Tag- und Nachtschicht ein, der so stattfindet: Die eine Abtheilung hat Dienst von Sonnabend früh 6 Uhr bis Abends 10 Uhr, die zweite Abtheilung von 10 Uhr Abends Sonnabend bis Nachmittags 2 Uhr Sonntags, alsdann kommt die erste Abtheilung wieder an die Reihe, welche von Sonntag Nachmittags 2 Uhr bis Montag früh 6 Uhr Dienst hat. Damit ist der Wechsel in der Schicht für die laufende Woche vollzogen. Einen wirklichen, wenigstens 24 Stunden währenden Ruhetag soll es das ganze Jahr nicht geben. Es würde sich empfehlen, daß die Reichskommission für die Arbeiterstatistik auch mal ihre Untersuchungen über die Dauer der Arbeitszeit auf die Staatsbetriebe, insbesondere die Eisenbahnbetriebe ausdehnte, es würde sich zeigen, daß merkwürdige Gepflogenheiten in diesen staatlichen „Musterbetrieb“ herrschen.

Eine andere Gepflogenheit macht viel böses Blut: das Fahrpersonal rückt in die eigentlichen Beamtenstellungen im Vergleich zu früher sehr langsam ein. Damit spart man wieder an Gehalt und eventuell an Pensionen. Man sieht, Herr Thielen ist Herrn von Stephan im „Sparen“ beinahe über. —

Religionsunterricht der Dissidentenkinder. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute das von uns in dem Leitartikel vom 25. April 1893 besprochene Erkenntnis des Kammergerichts. Wir heben aus dem Wortlaute desselben nur einige klassische Aussprüche hervor:

„Nicht um einen Glaubens- und Gewissenszwang handelt es sich hier, sondern um den Unterricht in einer Religion.“

„Der Vater aber wird dadurch, daß sein Kind irgend einen Religionsunterricht erhält, in seiner Gewissensfreiheit nicht beeinträchtigt.“

Schöne Gewissensfreiheit nach kammergerichtlicher Entscheidung! —

Freigiebigkeit Antisemiten sind, gaben die Deutsch-Sozialen ihrem Abwardt, nachdem sie dessen „Euthyllungen“ weidlich ausgenutzt hatten, den Eijelschritt. Mit großer Majorität erklärte nämlich der deutsch-soziale Parteitag, daß er jede Verantwortung für die politische Wirksamkeit des Herrn Abwardt ablehne. —

Zum Welfenfonds. Wie uns mitgeteilt wird, hat der jamaose Organisator der Bismarck'schen Leib- und Spahelpolizei von seinem braven Herrn dreimal 50 000 M., zusammen 150 000 Mark, aus dem Welfenfonds empfangen. Sein reguläres Gehalt (aus der Staatskasse) betrug 30 000 das Jahr. Ob der Staat sie, seit der „Chef“ „abgeschafft“ worden ist, noch weiter bezahlt, wissen wir nicht. —

Aus der alten Raketenliste erhält die „National-Zeitung“ eine Zuschrift „eines hervorragenden alten Parlamentariers“, welche meint, die in Süddeutschland herrschende große Verstimmung könne nur durch die Ausöhnung zwischen dem Kaiser und Bismarck definitiv beseitigt werden.

Als ob die Schwierigkeiten, in denen sich Reichsregierung und Reich jetzt befinden, nicht meistens aus der alten Raketenliste entstammten, die leider nicht früh genug in die Kumpellammer geworfen ward. —

Bierscherze. Im Inserattheile der „Dresdener Zeitung“ findet sich folgende Aufforderung:

„Behufs Herbeiführung eines Plebiszits für Fürst Bismarck anlässlich der nächsten Reichstagswahlen soll die Bildung eines Zentralkomitees in Dresden vorgenommen werden. Vollständig freie unabhängige Männer, welche geneigt sind, dieses Vorhaben thätig und materiell zu unterstützen, werden um Einsegnung ihrer Adressen sub M. N. 900 an „Invalidendank“ zu Dresden gebeten.“ III! —

Schmerling, der Vertreter Oesterreichs im Ministerium des Reichsverwesers Erzherzog Johann im Jahre 1848, nachher im Jahre 1849 österreichischer Bevollmächtigter in Frankfurt a. M., ist am Dienstag gestorben. Der Mann, der früher als Verfechter der großdeutschen Ideen, als Gegner des preussischen Erbkaeserthums ein wichtiger Faktor in der deutschen Politik war, starb, in Deutschland schon längst vergessen, im Alter von 88 Jahren in Wien. In Oesterreich war ihm eine längere politische Wirksamkeit beschieden. Vor 1848 als Gegner der Metternich'schen Politik aus dem Staatsdienste geschieden, ward er nach der Revolution das geistige Haupt des veröfentlichten Liberalismus, und damit der Großbourgeoisie, er redigirte die meisten Verfassungen, welche Oesterreich seit 1859 besessen hat. Ueberall litt er mit seinen Ideen Schiffbruch. Die großdeutsche Idee ist heute begraben, an stelle des von ihm verfolgten Zentralismus beruht Oesterreich heute auf der staatsrechtlichen Zweitheilung, an stelle der von ihm vertretenen Vorherrschaft der Deutschen ist die politische Machtstellung der slavischen Völkerschaften, an stelle des Liberalismus das Regime Laasse getreten. Schmerling ist todt, vereinsamt stand er neuen Verhältnissen gegenüber. Er hinterließ keine Ahde. Er war früher politisch todt, bevor er begraben wurde. Persönlich war er ein ehrenhafter Mann, der sich nicht wie Bismarck, sein Gegenspieler in der deutschen Politik, bereichert hat. —

Unfallversicherung in der Schweiz. Man schreibt uns aus der Schweiz unter'm 21. d. M.:

Die Presse veröffentlicht heute auch den Ferrer'schen Gesetzentwurf, betr. die Unfallversicherung, der in 14 Abschnitten 70 Artikel umfasst. Darnach wird von der Eidgenossenschaft (Wund) eine auf Gegenseitigkeit beruhende Unfallversicherungsanstalt errichtet, deren Einrichtungs- und Verwaltungskosten aus der Bundeskasse bestritten werden: die Krankenkassen erhalten

für ihre Beihilfe bei dem Unfallversicherungsgeschäft angemessene Beiträge. Die Unfallversicherungsanstalt wird vom eidgenössischen Versicherungsamt betrieben. Zur Entscheidung der aus dem Gesetze stehenden Streitigkeiten wird ein Bundesversicherungsgericht aufgestellt. Jede Person, welche dem Versicherungszwange, betr. Krankheit, unterliegt, ist auch versicherungspflichtig, betr. den Unfall. Ferner werden auch alle freiwilligen Krankenkassenmitglieder gegen Unfälle und zwar gegen alle Körperlichen — also nicht bloß gegen Betriebsunfälle — Unfälle versichert.

Der Entwurf statuirte eine sechs wöchige Karenzzeit, während welcher der Verletzte von der Krankenkasse zu unterstützen ist. Die Leistung der Unfallversicherung umfasst unentgeltliche ärztliche Behandlung, Arznei und andere Heilmittel, ein tägliches Krankengeld von 2/3 des Tageslohnes, wobei jedoch ein Mehrbetrag über 7,50 Frks. außer Betracht fällt. Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit wird eine lebenslängliche Rente in Höhe von 2/3 des entgangenen Arbeitsverdienstes gewährt. Im Todesfalle erhalten die Hinterlassenen bei berechtigtem Anspruche ebenfalls Renten; so eine Wittwe 30 pSt., ein Wittwer 20 pSt., jedes Kind 15 resp. 25 pSt. Die ganze Rente der Hinterlassenen darf 50 pSt. nicht übersteigen. Die Rente wird vierteljährlich und unentgeltlich durch die Post ausbezahlt. Beitragspflichtig sind die Unternehmer, die Gemeinden und die freiwilligen Krankenkassen-Mitglieder. Für die Renten steht der Entwurf das Deckungssystem vor. Die Mitglieder des Bundesversicherungsgerichts werden von der Bundesversammlung (drei ständige Mitglieder) und vom Volke, auf je 100 000 Einwohner eines, gewählt.

Auch die Unfallversicherung soll am 1. Januar 1895 in Kraft treten.

Mit Versicherung gegen alle Unfälle macht die Schweizerische Unfallversicherung gegenüber der deutschen und österröichischen Unfallversicherung einen gewaltigen Fortschritt, der noch dadurch erhöht wird, daß auch alle Krankenkassen-Mitglieder der Unfallversicherung angehören.

Italien. Giolitti, der das alte Ministerium neu machen soll, entdeckt die Wahrheit des biblischen Sprichworts, daß auf einem alten Lumpen kein neuer Fliedlappen haftet. Nach den letzten Telegrammen war die Ministerkrise noch nicht beendet, man „hoffte“ aber, daß ein Mann gefunden sei, der die Stelle des über Bord geworfenen Justizministers übernehmen wolle. Findet sich ein Opfer, so ist damit doch nichts gewonnen, und dauert die Ministerkrise doch fort. —

Frankreich. Die bevorstehenden Wahlen stehen im Vordergrund des Interesses. Alle Parteien rüsten zu den Neuwahlen, und alle politischen Nerven sind nur noch Wahlreden. Das Ministerium giebt sich krampfhaft Mühe, einen günstigen Augenblick für die Auflösung zu finden, damit es die Leitung der Neuwahlen in der Hand habe. Natürlich haben die Gegner der Regierung das entgegengesetzte Interesse. Wir müssen auf Ueberraschungen vorbereitet sein. Die Auflösung kann über Nacht kommen. —

Belgien. Der internationale Kongreß der Bergarbeiter, welcher seit Pfingsten in Brüssel tagt, hat der belgischen Regierung Gelegenheit gegeben, sich wieder einmal in ihrer ganzen Beschränktheit zu zeigen und ihre kindische Angst vor der internationalen Arbeiterbewegung in alle Welt leuchten zu lassen. Sie hat nämlich zwei französische Delegirte, den sozialistischen Abgeordneten Basly, und Lamandin, Knall und Fall ausgewiesen, weil sie besürchtete, beide würden eine Agitationstour in den wallonischen Bergwerksbezirken machen, wo französisch gesprochen wird. Nun — der Sozialismus kommt auch ohne Basly und Lamandin unter die belgischen Bergarbeiter, die übrigens meist schon von ihm erobert sind. —

England. Der konservative Oberdemagog Lord Salisbury, der verflozene Premierminister von Großbritannien, ist seit dem Pfingstmontag in Ulster, um den Widerstand gegen die Home-Rule-Bill zu organisiren, was, in verständliches Polizeideutsch übertragen, heißt: „um die Revolution vorzubereiten.“ Die Herren Reaktionen haben allezeit die „Revolution“ als ihr Vorrecht und Monopol betrachtet. Zum Glück für Salisbury ist Gladstone ein vernünftiger Mann, der sich nicht leicht ins Hochhorn fegen läßt, und so wird der edle Lord wohl keine Bekanntschaft mit dem Gefängniß zu machen haben. —

Ein Sieg des gefunden Menschenverstandes. Ein Telegramm aus Chicago vom heutigen Tage besagt: Die nationale Ausstellungs-Kommission beschloß mit 30 gegen 27 Stimmen, die Ausstellung Sonntags offen zu halten. —

Literarisches.

Die Benzinbrände in den chem. Wäschereien. Von Dr. M. Richter. Berlin, Robert Oppenheim. (Gustav Schmidt.)

Die Sozialdemokraten kommen. Von Adolf Hoffmann. 2. Auflage. Preis 10 Pf. Verlag von A. Hoffmann. Leipzig.

Leben und Lehre Buddhas des indischen Heilandes, 600 Jahre v. Christo. Von Adolf Brodbeck. Zürich. Verlag von J. Schabelitz.

Briefkasten der Expedition.

In unserer Expedition gingen zum Wahlfonds ferner folgende Beiträge ein:

Gef. bei Gattun 3,20. Es werde Licht, 2. Rate 8.—. Durch Weber 1,25. Drei rothe Kellen 3.—. Alfred Möhring, Weichensee — 20. Leseber 1,20. Gef. bei einer Begräbnisfeier in der Bahnhöfer Lonne, Oranienstraße 3,50. Pianofortefabrik von Wöhler, Landsbergerstr. 16, 2. Rate 7,10. Max Schaner 5.—. 1 Student der Medizin 3.—. Buchdruckerei O. C. 5,70. Vom deutschen Möbeltransport-Packerverband 10.—. 4 Streiklöse aus dem Grunewald 5.—. Carl 1,50. Bei einer rothen Kindtaufe, Holzmarktstr. 35, durch Wätjner 1,25. W. schwarze Brüder, Saardrückerstr. 11 50.—. Waischlerer von O. Weiß 1,20. Gef. aus einer Sattler- und Tapezierwerkst. in Bremerhaven 1. Rate 6.—. 2 deutsche Sozialisten aus Holland 5.—. Auf der Hochzeit des R. Schilling gesammelt 2,60. Von den farbigen Leuten vom Bau Müllerstr. 162b 4,25. Gef. bei einer rothen Kindtaufe in Spandau durch Blanke 3,20. Th. Greißwald 3,50. Irregan u. Komp., Pianofortefabrik 8,50. Durch Schiefel, Vater und Sohn, Moabit 8.—. Summa 151,85 M. Bereits quittirt 3712,35 M.; in Summa 3864,20 M.

Vom Genossen R. Erhardt in Milwaukee für den Wahlfonds 41,23 M. erhalten. B. Erbe, Berlin IV.

Berichtigung. In der gestrigen Nummer soll es statt Plagmann'sche Fischerei, Hilde 50 heißen: Plagmann'sche Fischerei 6,50. Hilde — 50. Ferner beträgt die Summe bei „Die rothen Böttcher in der Unionsbrauerei“ nicht 6,60, sondern 6.—.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 25. Mai
Opernhaus. Der stiegende Holländer.
Neues Theater. Iphigenie auf Tauris.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Ariel Acosta.
Leistung-Theater. Großstadtluft.
Wallner-Theater. Geflohen.
Residenz-Theater. Flattersucht (La Papillonne).
Adolph Ernst-Theater. Goldblote.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Mesumaleem.
Kroll's Theater. Jar und Zimmermann.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Bajazzo und seine Familie.
Alexanderplatz-Theater. Der Fall Cleopatra.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebäude Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Letzte Woche.
Goldblote.
Gesangspost in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Couplets theilweise v. G. Görs.
Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.
Schluss der Saison: Mittwoch, den 31. Mai.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Illusionist. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Passage-Panopticum.
Neu!
Berlin bei Nacht.
Colossal-Gruppe aus lebensgroßen Wachfiguren.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im prachtv. Sommergarten täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung in Saale statt.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Sommer-Theater Bockbrauerei
SW., Tempelhofer Berg.
Donnerstag, den 25. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustspiel — Posse — Operette — Ballet und Spezialitäten 1. Rangos.

Norddeutsche Brauerei.

58. Chaussee - Strasse 58.
Täglich:
Concert.

Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffeeküche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L

Gangbare Destillation, passend für Parteigenossen für 2000 M. zu verkaufen. Zu erfragen bei Gnadt, Svinemünderstr. 120. 406

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.
Heute, Donnerstag, den 25. Mai 1893:
Große außerord. Vorstellung
unter Mitwirk. des gesammten Herren- und Damenpersonals. Besonders hervorzuheben: Zum 1. Maler Landen, doppelte hohe Fahrschule mit den Trailehner-Hengsten „Don Carlos“ und „Milano“, ger. vom Direktor. Vier Geschwister Chiarini, gen. die Sädierne. Geprant mit seinem hypnotischen Pferde. Zum 1. Male: „Osmar“, Kapphengst, vorgef. vom Direktor. Auftreten der Original-Glows Gebrüder Woldemann u. c. Chevalier Roberto Alfonso, Jongleur Malabarist.
Hocheleg. lust. Sommercircus. Anfang präz. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Alles Nähere die Affichen. Achtungsvoll
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 60 und 61.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf. 4127L
Helmuth Peters.

Etablissement Buggenhagen.
Moriß-Platz.
Täglich: Instrumental-Concert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Kuchentisch von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Concert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u. c.

Gründer's Festsäle
(früher Mundt)
Köpenickerstrasse 100.
Jeden Sonnabend, Sonntag, Montag und Donnerstag:
Grosser Ball.
NB. Meine 5 Vereins-Säle von 50 bis 200 Personen halte ich Vereinen, Gesellschaften u. c. bestens empfohlen. 4131L

Restaurant „Lindenhof“ Stolpe
am kleinen Wannsee
hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Belustigungen aller Art. Regeldamp u. Kaffeefische zur Verfügung. Kremsler am Bahnhof Wannsee. 4193L
H. Mattausch.



Neue Welt.
Bergschloss - Brauerei.
Heute, Donnerstag:
Protechnischer Herren Leichtzug und Bau.
1. Monstre-Elite-Feuerwerk.
Von 5 Uhr ab: **Finsterbusch-Concert** 1. Rangos.
Auftritte des gesammten Artisten-Personals. 99b
Entree 50 Pf. Sillote im Vorverkauf 40 Pf. Reserv. Platz 1 M.

Weimann's Volksgarten, Gesundbrunnen.
Heute, Donnerstag:
1. Sommernachtsfest verbunden mit Ball.
Elite-Concert der Hauskapelle.
Auftritte sämtlicher Spezialitäten 1. Rangos.
Anfang 5 Uhr. Entree 20 Pf. 99b
Max Weimann.

Göhrer Langenjalza'er Kantabaf von Gebrüder Adler.
31082
Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.
Cigaretten-Engroslager in den Preislagen von M. 25.— bis M. 100.—
Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. j. Färb. u. Reinigung v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 M. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 M. p. Stck. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 M. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 3716L

Neu! Feuer-Garten-Sprühbüchse viererlei Art, Sprühtragn. 18 Meter, 30 L. per Minute, dopp. in Zint 5,60, in Messing 10 M. Hydronette 15, in Mess. 20 M. Näh. grat. Quermann, Fabrik Zulerum b. Mülheim a. d. Ruhr.

Tischler Verein.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied **Carl Otte**, Marienstraße 2, am 22. Mai verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, Nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des St. Philipp's-Kirchhofes, Müllerstraße, aus statt. 91b
Der Vorstand.
Todes-Anzeige.
Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Rogge**, geb. Grimm, nach langen Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Freitag, Nachmittags 6 Uhr, vom Jakob-Kirchhof, Brix, aus statt. 88b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden und Kollegen, sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins „Sängertrupp“, die bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Klavierarbeiters **Emil Kühne**, demselben die letzte Ehre erwiesen haben, sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus. 89b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu reparieren (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Haunynstr. 38, n. d. Oranienplatz

Roh-Tabak
Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmen-Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sämtl. anderen Sorten. 4085L
G. Elkhuyzen, Alte Schönhauserstr. 5.

Warnung.
Ich warne Jeden, meiner Frau Marie Pohl etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 72b
Carl Pohl, Arndtstr. 82c.

Ostbahn-Park
am Rühriner Platz, (Hermann Jubs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Pantomimisten-Truppe Garotton, urkom. Taxameter-Droschkenfahrt, Mr. De Dolfs, Neger-Centric u. Volksbelustig. jeder Art. 4 Regeldampbahnen zur Verfügung.

Schweizer-Garten am Königsthor.
Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Dorina, das Kanonen-Weib.
Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Pamera, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Verocroa.
Im Saale: **BALL.** [4199L]

Neue Welt.
Bergschloss - Brauerei.
Heute, Donnerstag:
Protechnischer Herren Leichtzug und Bau.
1. Monstre-Elite-Feuerwerk.
Von 5 Uhr ab: **Finsterbusch-Concert** 1. Rangos.
Auftritte des gesammten Artisten-Personals. 99b
Entree 50 Pf. Sillote im Vorverkauf 40 Pf. Reserv. Platz 1 M.

Weimann's Volksgarten, Gesundbrunnen.
Heute, Donnerstag:
1. Sommernachtsfest verbunden mit Ball.
Elite-Concert der Hauskapelle.
Auftritte sämtlicher Spezialitäten 1. Rangos.
Anfang 5 Uhr. Entree 20 Pf. 99b
Max Weimann.

Große öffentl. Wählerversammlung
des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, in der „Brauerei Tivoli“ am Kreuzberg.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Genosse **J. Auer.** 2. Diskussion.
3457 Das Wahlkomitee.

Grosse Wähler-Versammlung
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Donnerstag, den 25. Mai cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Philipp**, Rosenthalerstraße 38.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Reichstags-Wahl. Referent Kandidat **Robert Schmidt.** 2. Freie Diskussion. — Alle Wähler des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises sind hierzu eingeladen. 351,6
Das Wahlkomitee. J. A.: Rob. Drescher.

Achtung! Maurer! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
der **Maurer** Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 28. Mai, Vorm. Punkt 10 Uhr, in der **Brauerei Friedrichshain** (früher Lips), am Königsthor.
Tagesordnung:
1. Unsere jetzige Stellung zur Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Die Reichstags-Wahl. 243,1
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Darum auf, Maurer Berlins, zum Kampf! Im Auftrage: **August Berndt**, Karlsgartenstr. 17, Rixdorf, Vertrauensmann der Berliner Maurer.

„Verein Berliner Gastwirths-Gehilfen“
Annenstr. 16. Telephon-Amt IV. 1116.
Wir bitten, alle an uns zu richtenden Sachen direkt an den Vorstand oder Verein zu adressiren.
NB. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß unser Mitglied **Ebert**, ehemaliger Redakteur, mit der Leitung des Vereins nichts zu thun hat. 4127L
Der Vorstand.

D. Wurzel, Lieferant des Konsumvereins „Süd-Ost“
Wrangel-Strasse 16. [4096L]
Kleiderstoffe, Mousseline und Batiste in großer Auswahl

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Seuthstraße 2.
Als vorzügliche Agitationsmittel für den bevorstehenden
Wahlkampf
empfehlen wir den Parteigenossen folgende Erscheinungen unseres Verlages:

Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie.
Erläuterungen zum Erfurter Programm
von
Karl Kautsky und Bruno Schönlanck.
Groß-Oktav 64 Seiten.
Zweite durchgesehene Auflage.
Preis gebietet 10 Pf., in Partien zum Massenvertrieb Rabatt.
Im ersten Theil ist die Prinzipien-Erklärung des Programms behandelt. In den Kapiteln — Kleinbetrieb und Großbetrieb, Kapitalist und Proletariat, Privatmonopol und Staatsmonopol, die Erhebung des Proletariats, der Sozialismus — sind die grundlegenden sozialdemokratischen Lehrgänge populärwissenschaftlich niedergelegt, während im zweiten Theil unsere Programm-Forderungen, die von dem Massenbewußten Proletariat als Mittel angesehen werden, um das schließliche Ziel, die sozialistisch organisierte Gesellschaft, zu erreichen, erläutert sind. Es handelt sich bei dieser Broschüre darum, allen Parteigenossen, die sich in den Dienst der Partei-Organisation gestellt haben, den „Massen-Vertrieb“ besonders zu empfehlen, da mit dieser Schrift die Möglichkeit gegeben ist, immer neue, ungezählte Anhänger für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen. Der Preis ist aus dem Grunde so niedrig gestellt worden.

Sozialpolitisches Handbuch.
Von
Dr. H. Lux-Wagdeburg.
Groß Oktav, XX und 896 Seiten mit einer Tabelle: Vergleichende Zusammenstellung der Arbeiterkath.-Bestimmungen in den einzelnen Ländern.
Preis: broschirt 1,50 M., in Pädederband geb. 2 M. Auch in Festerung zu 30 Pfennig.
Einbanddecken 20 Pfennig. 400/5

Mit dem „Sozialpolitischen Handbuch“ hat der Verfasser, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern, ein gedrängtes Kompendium geschaffen, das für unsere Genossen, die sich der Agitation widmen und dem Gegner gegenüber immer schlagfertig sein müssen, ein willkommenes Hilfsmittel sein wird. Das Thatfachen- und Zahlenmaterial aus unserer Parteiliteratur, die bei ihrem steten Wachstum geistig durchgearbeitet immer schwieriger wird, findet sich in demselben in praktischer Weise zusammengestellt, so daß Fragen über unsere Bewegung, ihre treibenden Kräfte und ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente leicht nachgeschlagen werden können. Nicht zuletzt werden auch unsere Redaktionen, sowie alle an der geistigen Herstellung unserer Preßzeugnisse Thätigen ein geeignetes Nachschlagebuch mit obigem Werte erhalten.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteur- und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Die Reichstagswahlen.

Zur Beachtung! Im ganzen Deutschen Reich ist seit 6. Mai die Bestimmung des § 43 der Reichs-Gewerbeordnung in Kraft getreten, wonach die sonst bestehenden Beschränkungen in Bezug auf die Verbreitung von Druckschriften während der Wahlbewegung und zu Wahlzwecken hinwegfallen. Jedermann hat das uneingeschränkte Recht, seine vorherigen Erlaubnisse oder Bewilligungen unterliegende Rechte, alle Arten von Wahlgedruckschriften: (Zetteln, Flugblätter, Stimmpettel, Bilder u. s. f.) überall, sowohl in geschlossenen Räumen, als auch auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Orten — gewerbsmäßig oder nicht gewerbsmäßig — zu verbreiten. Die Wähler werden ihrerseits Gesetzesverletzungen jeder Art, schon in ihrem eigenen Interesse auf das peinlichste zu vermeiden suchen. Andererseits werden sie auch jede gesetzwidrige Einmischung der Behörden, falls eine solche etwa erfolgen sollte, sofort ohne Zaudern und mit aller Entschiedenheit zurückweisen und zugleich in jedem Falle Mitteilung an den sozialdemokratischen Vertrauensmann ihres Bezirks machen, damit die Verleher des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen und die unter solchen Umständen etwa zu stande gekommenen Wahlen von „Ordnungs“-kandidaten im Wege des begründeten Protestes mit Erfolg angefochten werden können.

Abschriften von Wählerlisten. Der preussische Minister des Innern hat, nach dem „Berliner Tageblatt“, sich in einem Bescheide dahin ausgesprochen, daß die Anfertigung von Notizen und Abschriften aus den öffentlich ausliegenden Wählerlisten zu erlauben ist, soweit dadurch für die Wahlberechtigten nicht Unzuträglichkeiten entstehen. Veranlaßt wurde dieser Bescheid des Ministers durch eine Beschwerde des liberalen Vereins zu Landsberg a. W., der Botsen mit der Anfertigung der Abschriften der Wählerlisten in einzelnen Gemeinden des Wahlkreises Landsberg-Soldin beauftragt hatte, was einzelne Gemeindebehörden nicht gestatten wollten. Auf telegraphische Beschwerde erging die am Eingang mitgetheilte ministerielle Verfügung.

Der Erfurter Magistrat hat durch den Oberbürgermeister Schneider es abgelehnt, zu gestatten, daß irgend einer Person oder irgend welcher Partei Abschrift der die Bezirke unserer Stadt betreffenden z. B. ausliegenden Wählerlisten erteilt wird. Der Sozialdemokratische Verein hatte ein dahin gehendes Gesuch gestellt. Dieser Entschluß des Erfurter Magistrats steht, worauf wir die Aufsichtsbekörden der Provinz Sachsen hiermit aufmerksam machen, offenbar im Widerspruch mit dem oben erwähnten Entschluß des preussischen Ministers des Innern, welcher, nebenbei bemerkt, eine wörtliche Wiedergabe eines Reichstagsbeschlusses ist, der aus Anlaß einer gleichen Verweigerung, und zwar ebenfalls in Erfurt, gefaßt wurde. Müht der Erfurter Magistrat, sich um Reichstagsbeschlüsse und Ministerial-Anordnungen nicht kümmern zu brauchen? Da zweifellos nicht zu bezweifeln ist, daß durch das Abschreiben der Wählerliste in Erfurt Unzuträglichkeiten für die Wahlberechtigten entstehen, sind wir der Hoffnung, daß die Aufsichtsbekörden der Provinz Sachsen sich beeilen werden, den Erfurter Magistrat zur Respektirung des ministeriellen Entschlusses zu veranlassen.

Offizielle sozialdemokratische Reichstags-Kandidaturen. Konig-Luchel: Friedrich Riesop in Berlin. Werdn-Hoya: Rudolf Behrmann in Verden. Leipzig-Stadt: Karl Pinski in Leipzig. Leipzig-Land: Friedrich Geyer in Leipzig. Kaiserlautern: Eduard Klement. Wittenberg-Schweinitz: Albert Rassin in Berlin. Altona-Isxerloh: Karl Meist in Köln. Lühow-Neuzen: C. Kutsche in Hannover. Hamburg 3. Wahlkreis: W. Meßger. Potsdam-Spandau-Osthavelland: J. Wernau in Berlin.

Bürgerliche Kandidaturen. Leipzig-Stadt: Dr. Haffe, der Statistiker der Stadt Leipzig, Kartellkandidat der K. und N. R. A.; Amtmann Braun (N.). Müllheim-Stauffe: Bürgermeister Geuther (FV). Ulm: Hähle (FV). Chemnitz: Oberbürgermeister Dr. Andree, Kartellkandidat der K. N. Kammerforschrücker. Gera: Medahter Bischoff (FV). Sangerhausen: Landwirth Schewe, Kandidat aller Bourgeoisparteien.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften.*)

Zu der geringen Zahl literarischer Unternehmungen, von denen behauptet werden kann, daß sie berufen sind, einem tiefgefühlten Bedürfnisse Rechnung zu tragen, gehört das vorliegende Werk. Seit Jahrzehnten fehlte es an einem Nachschlagewerk für das Gebiet der Staatswissenschaften. Alle älteren Werke ähnlicher Anlage waren nach jeder Richtung veraltet. Eine Reihe anderer Wissenschaften besaßen schon auf der Höhe moderner Forschung stehende Nachschlagewerke, so die Zoologie, die Chemie, Physik, Jurisprudenz, nur für die politische Oekonomie fehlte ein Werk, das zahlreichen Männern des öffentlichen Lebens und der wissenschaftlichen Arbeit viele Zeit und Arbeit, die sie beim Sammeln von Materialien oft verschwendeten mußten, ersparen konnte. Als im Jahre 1890 bekannt wurde, daß man ein Handwörterbuch für Staatswissenschaften herausgeben wolle, war man allgemein überzeugt, daß dieses Unternehmen weiten Absatz finden werde. Dies war auch der Fall. Trotz des hohen Preises, der freilich im Verhältnis zum Umfang und den großen Kosten eines solchen Werkes steht, trifft man das Handwörterbuch sehr häufig selbst bei Personen an, welche nur beschränkte Mittel für ihre Bibliothek ausgeben können. Und dies ist begreiflich, denn nirgends findet man so bequem die neuesten statistischen Angaben, weiläufige Literaturnachweise und, von Ausnahmen abgesehen, eine übersichtliche, gedrängte und geordnete Darstellung über die einzelnen Thematika aus dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaften.

Der Titel des Werkes wird leider leicht irreführen, man wird in dem Werke mehr finden, als man findet. Der Begriff Staatswissenschaften umfaßt neben der politischen Oekonomie noch das Staats-, Verfassungs-, Verwaltungs- und Völkerrecht, die Politik u. c. Die Herausgeber des Handwörterbuchs vertheilten die Wahl des Titels nicht sehr geschickt mit zwei Gründen: Erstens sei der Titel ein bequemer, als ob etwa Handwörterbuch der politischen Oekonomie nicht ebenso einfach wäre und sich nicht mit dem Inhalt weit mehr decken würde, und zweitens

1. Weimar: Professor Rebel (N), Samhammer (FV), Bürgermeister Kalmirion (Bund der Landwirthe). Gränberg-Neusalz: Mundel (FV). Glauchau-Meerane: Schubert (Ordnungsbrei und Antisemite).

Auch der König von Württemberg ist nun, dem Beispiele anderer Bundesfürsten folgend, in die Wahlagitatio getreten. In seinem lebhaften an die Bretterbaraden des Jahres 1887 erinnernde Schreiben an den württembergischen Kriegerebende spricht er von dieser ersten Zeit, da Gefahren von allen Seiten, von außen und von innen Haus und Heerd bedrohen und darum erhöhte Opfer zur Sicherung und Erhaltung des Deutschen Reichs wie des allgemeinen Friedens unabwendbar erscheinen.

Wir haben schon früher gewußt, daß der König von Württemberg für die Militärvorlage ist.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Nun haben alle Parteien die Entscheidung über ihre Kandidaten im 12. und im 13. Wahlkreise getroffen. Die Aufstellung unserer Kandidaten Pinski (12. Wahlkreis) und Geyer (13. Wahlkreis) ist bereits eingekart. Das Kartell hat sich nach wochenlangen Beratungen endlich am Sonnabend darüber geeinigt, wer in Leipzig-Stadt die meisten Stimmen erhalten könnte. Die Antisemiten nahmen anfänglich an den Beratungen theil, schieden aber schon nach einigen Sitzungen aus, da sie selbst einen Kandidaten aufstellen wollten, um zu erfahren, wie „stark“ sie sind. Das Kartell stellt in Leipzig-Stadt den Direktor des hiesigen statistischen Bureaus, Dr. Haffe, auf, und im Landkreise den offenbar nach neuen Durchfalls-Lorbeerern sehnüchtigen Hans Blum. Die Freisinnigen werden in beiden Kreisen Eugen Richter als Kandidaten aufstellen. Am lustigsten ging es bei den Antisemiten zu. Diese gedachten im Stadtkreis erst Böckel aufzustellen, um einige Stimmen der Gegner der Militärvorlage zu ergattern, im Landkreise, wo in dieser Beziehung wenig Geschäfte zu machen sind, stellten sie den Militärfreund Liebermann auf. Um aber die Militäranhänger in Leipzig-Stadt nicht vor den Kopf zu stoßen, stellten sie schließlich in der Stadt einen Freund der Militärvorlage auf, den Rautermeister Enke von hier. Nun kann der Tanz beginnen. Die Antisemiten können die Bindigkeit ihrer Fürsorge für den Mittelstand jedenfalls nicht besser zeigen als dadurch, daß sie ihm zumuthen, Anhänger der Militärvorlage zu wählen.

In vielen Orten sind die Wählerlisten überaus mangelhaft gewesen. In Dresden sollen ungefähr 20 Prozent der Wähler nicht eingetragen gewesen sein. Ähnliche Nachrichten liegen aus Dresden, Leipzig und anderen Orten vor.

In Hamburg haben die Vertrauensmänner der National-liberalen und der Freisinnigen eine Uebereinkunft geschlossen, wonach im ersten Wahlbezirk gemeinschaftlich ein Liberaler, im dritten ein Freisinniger aufgestellt werden soll. Für den zweiten Wahlbezirk wird jeder Partei ein selbständiges Vorgehen überlassen.

In Coburg ist die Kandidatur des Wadelstrumps Siemens, den das gothaische Amtsblatt empfohlen hat, fallen gelassen worden. Der Coburger Deutschfreisinn ist nun endlich zur FV abgeschwenkt.

Gegen Detlev Lender, den badischen Huene-Mann, soll nunmehr doch noch ein offizieller Gegenkandidat vom Zentrum ausgestellt werden, und zwar aus dringenden Wunsch vieler Wähler des 8. badischen Wahlkreises, die mit der Haltung ihres bisherigen Vertreters der Militärvorlage gegenüber durchaus nicht zufrieden sind.

Sächsisches. In Leipzig-Volkmarzdorf (13. Wahlkreis) steht ein Arbeiter die Wählerliste nach. Obgleich er früher stets mitgewählt hat, findet er seinen Namen getrichen und erzählt, daß er deshalb vom Wahlrecht ausgeschlossen sei, weil seine Mutter Armenunterstützung bezieht. Der Mann geht nach dem Stadthaus, um sich zu beschweren, da wird ihm gesagt: „Ja, mein Lieber, das geht vielen so!“ — Beschwerde ist selbstverständlich eingereicht. Was Leipzig angeht, so wird man an Ort und Stelle Sorge tragen, daß die Ausschließung vom Wahlrecht aus solcher Ursache rückgängig gemacht wird; es ist aber leicht möglich, daß die gedrückte Praxi noch in anderen sächsischen Städten gehandhabt wird. Deshalb mögen sich schreiben man uns — die verschiedenen Wahlkomitees bei der Behörde erkundigen, ob das der Fall ist. Bei der Methode, Personen vom allgemeinen Wahlrecht auszuschließen, deren Ver-

wende Armenunterstützung beziehen, kann sehr leicht der Fall eintreten, daß 3 oder 4 Söhne einer Mutter, die Armenunterstützung bezieht, vom Wahlrecht ausgeschlossen werden.

Die Schwierigkeiten der Wahlagitatio in der Mark Brandenburg wird treffend durch einen Bericht charakterisirt, der uns von einem dort thätigen Genossen zugefandt wird und den wir des allgemeinen Interesses halber vollständig wiedergeben. Zugleich halten wir es jedoch für angebracht, unsere Korrespondenten zu ersuchen, uns ihre selbstredend durchaus erwünschten Mittheilungen nur in Ausnahmefällen, gleich diesem, ausführlich zu bringen, im Allgemeinen aber zu bedenken, daß vor Allen für den „Vorwärts“ das Wort zu beherzigen ist: Des Berichtes Würze sei seine Kürze. Dies vorausgeschickt.

Mit welchen Waffen — wird uns aus Neudamm geschrieben — man die Sozialdemokraten im Kreise des Herrn von Lechow (Königsberg in der Neumark) zu bekämpfen gedenkt, zeigen folgende Vorgänge. . . Wir hatten zu Freitag, den 19. d. M., eine Versammlung nach dem ungefähr eine Stunde von Neudamm entfernten Dorfe Darmiehlen einberufen, in der unser Kandidat Otto Antrick aus Berlin über die bevorstehende Reichstagswahl referiren sollte. Es war die erste sozialdemokratische Versammlung in diesem Orte. Wir hatten uns, um die örtlichen Verhältnisse etwas näher kennen zu lernen, schon um 5 Uhr Nachmittags nach dem Dorfe begeben. Als wir nun kaum das für die Versammlung bestimmte Lokal betreten hatten, kam uns schon die Wirthin — eine Wittwe — entgegen und klagte, daß die Bauern aus Darmiehlen sie mit aller Gewalt zur Verweigerung des Saales veranlassen wollten, trotzdem der Saal für die Miete von 3 M. an uns abgegeben war. Da nun die Wirthin handhaft blieb, suchte man ihr Angst zu machen. Man sagte, es würde ungewiss sein, ob die Sozialdemokraten ganz gern mal hören, aber — es ginge dies der „Leute“ (der Landarbeiter, des Gefindes) wegen nicht, da diese nur ausgebeutet werden sollten. Um 8 1/2 Uhr wurde die Versammlung bei ganz schwacher Theilnehmung eröffnet und dann auf 1/2 Stunde vertagt. Inzwischen war der Gendarm, mit dem Nachwächter des Dorfes — Lehnerer in voller Ausrüstung, mit einem großen Säbel an der Seite — erschienen. Der Gendarm entfernte sich jedoch gleich wieder und ging nach dem anderen Wirthshaus des Dorfes, wo sich die Bauern versammelt hatten und von dem Ortschulzen Verhaltungsmaßregeln für die sozialdemokratische Versammlung erhalten haben sollen! Wir wunderten uns, als auch um 1/2 Uhr außer den paar Bauernwerkern fast Niemand aus dem Dorfe erschien. Die Versammlung wurde aber trotzdem wieder eröffnet. Da trat ein Mann, anscheinend ein Bauer, an den inzwischen wieder erschienenen Gendarm heran, sprach ein paar Worte und verschwand. Gleich darauf erschienen die Bauern mit ihren Knechten und im Nu war der Saal gefüllt! Als nun der Vorstehende die Tagesordnung bekannt gab, entstand ein fürchterlicher Lärm. „Nur mit de Demokraten!“ wurde gerufen. Genosse Ritter betonte nun, daß er den Saal gemiethet hätte und daß, wer sich nicht ruhig verhielte, den Saal zu verlassen habe, da er sich sonst des Hausfriedensbruches schuldig mache. Nun ging ein wahrer Höllelärm los: „Se, Majestät der Kaiser lebe hoch! Nur mit ju!“ u. s. w. Man brüllte und grüßte die Wieder: „Heil Dir im Siegerkranz.“ „Deutschland über alles“ u. s. w. Darauf versuchte der Vorstehende wiederholt die Ruhe wieder herzustellen, aber jedesmal wurde er entweder mit Hochs oder Lieberns wie „Rinaldino.“ „So leben wir alle Tage“ u. s. w. niedergebriillt. Auch wurde ein Hoch auf seine Majestät den Fürsten Bismarck ausgebracht. Wir wandten uns nun, als die Haltung der ange-trunkenen Bauern immer drohender wurde, an den Gendarm, dieser aber schaute rundweg ab, etwas für die Herstellung der Ruhe zu thun, das wäre Sache des Vorstehenden. Sollte dieser keine Ruhe schaffen können, dann werde er die Versammlung auflösen. Dies geschah denn auch. Nun drängte die Menge auf uns ein und schrie: „Nur mit de Demokraten! in die Miegel mit ihnen!“ (das ist ein kleiner Fluß am Dorfe) u. s. w. Darauf forderte der Gendarm nochmals auf, den Saal zu verlassen, was nun auch geschah. Jetzt begaben sich die Tamnkantanten nach dem anderen in Dorf gelegenen Wirthshaus, wo ihnen für ihre verdienstlichen Verdienste Bier und Schnaps in großer Menge gratis verabfolgt wurde. Wir verlangten nunmehr von dem Gendarmen Schutz, weil die Bauern gedroht hatten, uns doch eins aus-

diesen leidet die politische Oekonomie mehr als die anderen Wissenschaften, weil es in ihr eben auf die Zusammenhänge der einzelnen Erscheinungen noch mehr ankommt, als in den anderen Wissenschaften. Bedeutend größer ist aber die Schwierigkeit, ein Handwörterbuch, wie das vorliegende, für die politische Oekonomie herauszugeben, als für andere Wissenschaften, weil nicht nur die wissenschaftliche Parteirichtung die Forscher trennt, sondern auch ihr politischer und Klassenstandpunkt. Der Spielarten giebt es nun da unzählige, entstehend aus der Kombination wissenschaftlicher, sozialer und politischer Parteistellung. In Bezug auf jede wichtige Frage, wie Normalarbeitstag, Währungsfrage, Zollpolitik, progressive Einkommensteuer gruppiren sich die Schriftsteller, die das Gebiet der Volkswirtschaftslehre bearbeiten, anders; giebt es doch außer der Schule von Marx-Engels kaum zwei selbständigen Rationalökonomien, die in allen Hauptfragen der politischen Oekonomie auf dem gleichen Standpunkte stehen!

Hieraus erklärt sich die auch für den der wissenschaftlichen Arbeit Fernerstehenden ermaunliche Ungleichmäßigkeit des Standpunktes selbst in der Behandlung verwandter Fragen im Handwörterbuche; dies ist ein großer Mangel desselben, der aber den Herausgebern nicht allzu stark als Schuld anzurechnen werden kann, eher kann man die ungleiche Größe der Artikel bemängeln, einzelne derselben sind zu kleinen Büchern ausgewachsen, welche es unmöglich machen, sich in kurzer Zeit über das Gesuchte zu informieren.

Bei Benutzung des Handwörterbuchs ist überhaupt zu achten, daß das Werk nicht gerade handlich ist — soll es doch aus 6 Bänden von je mehr als tausend Seiten bestehen —, und daß viele Artikel so umfangreich sind, daß man nicht in wenigen Minuten die gesuchte Belehrung erhalten kann. Große Vorsicht bei der Benutzung des Werkes ist erforderlich. Nicht alle Verfasser haben sich entschließen können, ihre spezielle Stellung zu den Streitfragen der Wissenschaft, ihre einseitige Auffassung derselben zurückzubringen und sich mit der Vorführung des tatsächlichen Materials zu begnügen, auf Grund dessen jeder seine Meinung sich selbständig bilden kann. Vielfach war dies auch nicht recht möglich. So mancher Mitarbeiter wurde wohl auch zu Beiträgen aufgefordert, obgleich im Interesse des Werkes seine Artikel besser vermehrt worden wären, aber persönliche und kollegiale Rücksichten spielten hier wohl mit, wie wir indes gerne bekennen wollen, doch weniger, als dies bei der Anfertigung des Werkes vor vier Jahren von vielen Seiten befürchtet wurde.

(Schluß folgt.)

*) Herausgegeben von den Professoren Conrad, Eiser, Veris und Köning. Jena. Gustav Fischer. Bisher erschienen 4 Bände mit zusammen 4194 Seiten. Der Preis des ganzen in 6 Bänden Ende dieses Jahres zum Abschluß gelangenden Werkes beträgt gebunden 100 M., gebunden 22,50 M.

zwischen. Dieser Schuß wurde uns auch bis am Ende des Dorfes gewährt. Auf dem Heimwege erfuhren wir von einigen besonnenen Leuten aus dem Dorfe, die ganz empört über die Rohheit ihrer Landbesitzer waren, daß die Hauptrednerführer Kleinbauern gewesen waren, weiter: Laß der Ortsvorsteher, der Schulze, schon Nachmittags die Großbauern hatte durch den Feldhüter zusammenkommen lassen, worauf der Plan entworfen worden sei, die Versammlung, wie geschehen, zu besuchen. Zu Punkt 7 Uhr Abends sind denn die Kleinbauern und Knechte befristet gewesen. Um sie in die richtige Komposition zu bringen, verabreichte man Bier und Schnaps. Der Wondarn wird von der ganzen Sache kaum ununterrichtet gewesen sein, denn er hatte sich von 6 1/2 Uhr Abends fast ununterbrochen in diesem Wirtschaftshaus aufgehalten. Die Bauern müssen es sich schon ein Stück Geld haben lassen, denn es gab — um ein derbes, aber hier allein zutreffendes Wort zu gebrauchen — so viel zu kaufen, daß es die Leute garnicht schaffen konnten. Als wir den Heimweg antraten, begegnete uns der Feldhüter, der uns in seiner Brantweinlaune für seine Kumpane hielt. Er rief uns zu: „Kommt, kommt doch rüber nach dem Wirtschaftshaus, da ist so viel zu trinken, alles steht voll! Wir haben auch heute eine Stunde länger frei bekommen.“ War die Polzeistunde gemeint?

Die Sprengung der Versammlung war eine Revanche für eine am Abend zuvor in einem andern Dorfe, Rabern, abgehaltene Versammlung, die unter ganz ähnlichen Verhältnissen abgehalten worden war. Hier soll man den Leuten zwei Achtel Bier versprochen haben, wenn sie uns tüchtig durchprügeln. Aber die Sache kam ganz anders, als, trotzdem der Ortsvorsteher und noch zwei andere Bauern ins Bureau gewählt worden waren und trotzdem der Vorsitzende die übliche Ansprache mit den dazugehörigen Hochs gehalten, und trotzdem Antritt seinen Vortrag unter großem Tumult begann. Der Erfolg war für unsere Sache ein glänzender, denn nach dem 2 1/2 stündigen Vortrage waren die Leute so umgestimmt, daß als der Referent aufforderte, nur einem Sozialdemokraten am 15. Juni die Stimme zu geben, ein allgemeines Bravo sowie die Ausrufe erfolgten: „Der Mann hat Recht, der hat uns 'mal die Wahrheit gesagt.“ u. s. w.

Die Leute waren so begeistert, daß sie uns noch zum großen Kerger der Gegner ein ganzes Stück Weges begleiteten. Dafür haben sich die Bauern in Darmieteln in Verbindung mit den Ordnungsträgern aus Rabern gerächt! Nun, die Versammlung ist uns zwar vereitelt worden, aber so viel steht fest, und die Wahl am 15. Juni wird es beweisen, daß auch derartige niederträchtige Kampfmittel unserer Gegner die Sozialdemokratie nicht in ihrem Vormarsch anhalten. Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach gerade durch die an uns verübte Rohheit in diesem Dorfe einen großen Stimmengewinn erhalten. So wenigstens versicherten uns die anständigen Arbeiter aus Darmieteln. Sie erklärten uns: „Rechnet es ihnen — den Bauern — nur ihrer Dummheit zu! Wir werden jetzt erst recht unsere Schuldigkeit thun.“

Parteinachrichten.

Welche Stimmzettel. Es gehört zu den Gewohnheiten der parlamentarischen Vertreter aller Parteien, wenn im Reichstage die Rede auf die Verletzung des Wahlgeheimnisses durch an Farbe, Größe oder Faltung erkennbare Stimmzettel kommt, ihre Entrüstung über solches Treiben anzukündigen. Um diesem platonischen Liebeserklärung für das Wahlgeheimnis praktischen Ausdruck zu geben, ist bei der bevorstehenden Wahl die beste Gelegenheit. Aus Garburg a. d. E. wird berichtet, daß dort die Wahlkomitees der verschiedenen Parteien sich geeinigt haben, sämtliche Stimmzettel in einem Format und von gleichem Papier herzustellen zu lassen. Die Wahlkomitees unserer Partei thun gut, überall mit dem Antrage an die gegnerischen Parteien heran zu treten, das gleiche Verfahren einzuschlagen. Es wird später von Interesse sein, einen Vergleich zu ziehen zwischen den parteiischen Erklärungen, welche diverse Abgeordnete für das Wahlgeheimnis im Reichstage abgegeben haben, und dem praktischen Verhalten ihrer Parteien im Wahlkampfe.

Die Sozialdemokratie des 2. Meininger Reichstags-Wahlkreises hielt zu Pfingsten in Gräfenbach ihren zweiten Parteitag ab. Aus 49 Orten waren 330 Parteigenossen erschienen. Seige-Pöppel und Wehder-Sonneberg referierten über die Ausführung der Beschlüsse des vorigen Parteitages. Es wurde festgestellt, daß die Organisation der Partei Fortschritte gemacht hat, die erwünschte Zentralisation aber noch lange nicht durchgeführt sei. Gewaltigen Aufschwung hat der Sozialismus in den im eigentlichen Thüringerwalde gelegenen Ortsteilen genommen. Zum Schluß des Parteitages hielt Reichhans-Fürst unter großem Beifall einen Vortrag über die gegenwärtige politische Lage. Der nächste Parteitag wird in Sonneberg abgehalten.

Die Parteigenossen in Reuß a. L. beschloßen auf ihrer Konferenz zu Mochwitz, die zahlreich besucht war, die Wahl eines Zentral-Wahlkomitees, das seinen Sitz in Greiz hat, und die Errichtung von Lokal-Wahlkomitees in jedem Ort. Als Reichstags-Kandidat wurde der bisherige Vertreter, Herrmann Förster in Gumburg, aufgestellt. Der Bericht über den Stand der „Reußischen Volkszeitung“ lautete befriedigend.

Von der Agitation. Etwa 350 000 sozialdemokratische Flugblätter wurden am Freitag Abend 8 Uhr in Hamburg und Umgebung mit der gewohnten Schnelligkeit verteilt. Innerhalb Hamburgs war, wie das „Echo“ meldet, die ganze Arbeit blumen einer knappen Viertelstunde beendet. Nur wenig Wohnungen dürften unbefucht geblieben sein. An der Verbreitung beteiligten sich Parteigenossen und Parteigenossinnen mit gleichem Eifer.

400 Parteigenossen aus Halle verteilten am ersten Pfingstfeiertage 31 000 Flugblätter im ganzen Saalkreise. Sie wurden überall freudlich aufgenommen.

Ueber eine Agitationstour der Haidhäuser Parteigenossen wird der „Münchener Post“ geschrieben: „Ohne Zwischenfall kam man in Oberbaching an, wo bei einem Freund unserer Sache längere Zeit Halt gemacht wurde. In ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten für München II stimmten die Bauern kräftig ein. Wie hier, so ging es auch in Deisenhofen, am Ziele der Wanderung. Alles in Allem: Der Geist der Landbevölkerung ist ein vorzüglicher. Wir waren geradezu verblüfft, als wir beim Tischgespräch die Bauern sagen hörten: „Leute, am 15. Juni werden wir Euch zeigen, wie wir denken, man soll uns nicht mehr herumtrügen.“ Aus dem puppen Bauernschädel ist ein denkender Kopf geworden, und die Zeit ist nicht mehr ferne, wo der Ultramontanismus auch im Landooll seine Rolle ausgespielt hat. Gründung von Bauernvereinen, Saalabtreiberi und weiblichen Schimpfen auf die verteuerten Soja, alles verlorenes Mühe, unser ist der Sieg trotz alledem.“

In Stuttgart wurden am 2. Pfingstfeiertage 90 000 Flugblätter von 350 Parteigenossen innerhalb einer Stunde verteilt; in ganz Württemberg betrug die Zahl der am selben Tage verbreiteten Flugblätter 300 000.

Am Sonntag Morgen in aller Frühe rückten ca. 70 Genossen aus Neumünster in Holstein aus, um der Landbevölkerung das erste Flugblatt zur bevorstehenden Reichstagswahl zu überbringen. Mit Ausnahme einzelner Fälle wurden sie überall freudig empfangen. In mehreren Dörfern wurden die Genossen von den Bauern gebeten, sich doch erst bei ihnen durch

Speise und Trant zu erquicken, damit sie auch die weite Tour zurücklegen könnten. Ein Beweis, daß die Sozialdemokraten von der Landbevölkerung nicht mehr als Nordbrenner und Liebe angesehen werden, wie das früher der Fall war.

35 Parteigenossen aus Höchst verbreiteten am 1. Pfingstfeiertage 10 000 Flugblätter im vorderen Lannus; die Frankfurter Genossen am gleichen Tage in ihrem Wahlkreise 60 000 Flugblätter, die Bodenheimer 5000.

In vielen anderen Orten sind während der Feiertage gleichfalls Druckschriften unserer Partei verbreitet worden, so daß das Pfingstfest zur Propaganda für den Sozialismus voll ausgenutzt worden ist.

Nachträgliches zur 1884er Reichstagswahl in Frankfurt a. M. In der Frankfurter „Volksstimme“ lesen wir: Nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ und „M. Pr.“ erklärte in einer Wählerversammlung der „Freisinnigen Volkspartei“ in Dornholzhausen bei Homburg im Jahre 1884, er, Herr Hauptmann v. Wodiczka, die sozialdemokratische Kandidatur auf's Gebührende und auch mit seinem Geldbeutel unterstützt habe. Er habe Herrn Sabor damals aufgesucht und mit ihm eine längere Unterredung gehabt, in der ihm Herr Sabor als sehr sympathische Persönlichkeit erschienen sei! Hierzu schreibt Genosse Sabor an die „Frkf. Ztg.“: „Die Mitteilung über die Aeußerungen des Herrn Hauptmann von Wodiczka in Homburg beruht wohl auf einem Irrthum. Herr v. W. kann nicht gesagt haben, was ihm zugeschrieben wird. Sollten seine Worte jedoch richtig wiedergegeben sein, so besitzt der Herr ein recht schwaches Gedächtnis. Er hat mich 1884 allerdings einmal besucht, aber erst nach der Stichwahl; bis dahin war mir sogar sein Name vollständig unbekannt. Nach seiner eigenen Erklärung kam er, um mir zur Wahl zu gratulieren, weil er froh sei, daß Herr Sonnemann nicht wieder gewählt war. Ich nahm seinen Glückwunsch sehr lässig an, ebenso wie seine sonderbare Aufforderung zu einer Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck, in dessen Familie er verlebte. Daß meine Wahl durch nationalliberale Geld gefördert worden sei, davon ist mir und allen Beistehenden niemals das Geringste bekannt geworden. Nach dem Wortlaut des Berichtes kann es sogar scheinen, als habe Herr v. W. mir selbst Geld gebracht! Das war nicht der Fall. Dagegen wurde damals, aber auch erst nach der Wahl, von verdächtiger Seite eine bedeutende Summe zur Gründung eines sozialdemokratischen Blattes angeboten; jedoch nicht mir, sondern dem Wahlkomitee. — Herr Alexander Klapp, jetzt in Mannheim, wird sich gewiß dieser Dinge noch erinnern, ich habe unmittelbar nach dem Wodiczka'schen Besuche Herrn Klapp und dem damaligen, inzwischen verstorbenen Vorsitzenden des Wahlkomitees, Herrn Müller, schriftlich alles Wesentliche des Gesprochenen mitgeteilt. Den Namen des Mannes, der das sozialdemokratische Blatt gründen wollte, haben wir niemals erfahren können, er gab sich für einen höheren Beamten aus. Den Vermittler in der Angelegenheit nannte ich schon Ende 1884 in einer öffentlichen Versammlung; es war ein nationalliberaler Buchdruckermeister, Adolf Sabor.“

Todtenliste der Partei. In Niederröblingen in Thüringen verschied nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 66 Jahren der Expedient der „Tribüne“, Schuhmachermeister Heinrich Bauermeister. Sein ganzes Leben hindurch hat er treu für Sache des arbeitenden Volkes gestanden und nicht geringes Opfer an Zeit und Geld für seine Ueberzeugung gebracht. Seinem unerwünschten Wirken haben wir es zu verdanken, daß bei der letzten Reichstagswahl in Niederröblingen unser Kandidat die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte. Trotz seines hohen Alters hat er es sich nicht nehmen lassen, noch an der Verbreitung der letzten Flugblätter, des auf dem Apoldaer Parteitag beschlossenen und der Rede Bebel's, sich zu beteiligen.

Volksrechtliches, Gerichtliches etc. — In Magdeburg wurde die „Volksstimme“ wohl in derselben Sache wie der „Vorwärts“ mit einer Hausdurchsuchung beglückt, wobei man die Exemplare der Nummer beschlagnahmte, die die Erkenntnisse gegen den Unteroffizier Reput enthält.

Lokales.

Zu den Wahlen. Heute, Donnerstag, ist der letzte Tag, an welchem Reklamationen wegen nicht erfolgter Eintragung in die Wählerlisten noch angebracht werden können.

Ueber die Verechtigung des Staates, den Religionsunterricht der Diskidenteninder zu erzwingen, sind zwei Professoren der hiesigen juristischen Fakultät von einem Berichterstatter der „Deutschen Warte“ interviewt worden. Professor Häbler bejahte die Frage. Dieser Zwang sei zwar nicht streng verfassungsmäßig, aber der Staat müsse sich zu helfen suchen, wie er könne. „Ohne Religionsunterricht (so sagte der Professor nach dem Bericht des Interviewten) kann der Staat die sittliche Erziehung der Kinder in der Volksschule nicht leisten. Unsere Moral wurzelt in der Religion, oder man müßte eine Staatsmoral schaffen, wie das in Frankreich geschehen ist. Aber soweit sind wir noch nicht.“ Der Staat hat auch gar keine Veranlassung, auf das Geschrei der sehr großen Minoritäten über „Zwang“ und „Gewalt“ zu hören und ihnen die vollständig entgegengekehrten Wünsche der überwiegenden Mehrheit unterzuordnen, zumal diese Klagen von einzelnen Personen und zwar immer von solchen herrühren, die gar keine Sympathie genießen.“ Das ist sehr klar. Trotz der Verfassung soll der Staat berechtigt sein, die Kinder religiös anders zu unterrichten, als die Eltern wünschen, in seinem Interesse. Daß Moral auf Religion beruhen müsse, monach also nur religiöse Menschen moralisch sein könnten, ist eine der Wahrheit ins Gesicht schlagende Behauptung. Es enthält aber auch einen logischen Widerspruch in sich der Satz, daß die Moral entweder religiös oder staatlich autoritär sein müsse. Demnach kann die Moral sowohl der religiösen Grundlage wie der staatlichen entbehren, dann kann sie aber auch beide zusammen entbehren. Der Gegensatz von religiösem und eistischem Unterricht ist vollständig falsch gefaßt. Der Beweisgrund (1), daß die Gegner des Zwanges „keine Sympathie genießen“ Personen“ seien, kennzeichnet auf's deutlichste den Standpunkt des Herrn Häbler, wenn nicht, was wir immerhin annehmen möchten, der Interviewer hier keine Worte etwas verändert hat.

Professor Köhler antwortete: Die Frage sei in letzter Instanz die, ob es wünschenswert sei, daß jeder Mensch irgend eine Religion habe. Darauf antwortete er mit Ja. Eine fortschreitende Religionslosigkeit müsse ein überwiegendes Manko im Gedanken- und Geistesleben der Menschheit zur Folge haben. „Man will der Menschheit ihre Reise durchs Leben sehr bequem machen und sie zu diesem Zweck mit nur einem kleinen Felleisen ausrüsten, während der große, schwere Reisefloffer, welchen die Religion bildet, zu Hause bleiben soll. In diesem Koffer befindet sich eben vielerlei, was die Menschheit zu ihrer Lebensweise braucht, da sind Abergläubnisse für die verschiedensten Zwecke, warme Ueberzieher und Wäids zum Schutze gegen Kälte und auch wieder leichte Kleidung, wenn es im Sommer zu heiß wird.“ Auf dieses leichte, geistreich sein sollende Geschwätz ist es nicht nöthig, etwas zu erwidern.

Dem soeben erschienenen Bericht des Magistrats über die Verwaltung der Feuerweh im Jahre 1891 entnehmen wir folgende statistische Angaben. Im Jahre 1891 fanden in Berlin 444 Brände statt. Zu diesen traten noch 84 außerhalb des Reichbildes von Berlin von der Berliner Feuerweh gelöschte

hinzu. Von diesen Bränden waren 43 große, 145 Mittelbrände. Ein Feuer wird als „Groß“ bezeichnet, wenn zu dessen Bekämpfung mindestens 2 Spritzen, als „Mittel“, wenn mindestens eine Spritze, als „Klein“, wenn keine Spritze in Betrieb gesetzt werden muß. Der Werth des durch die Feuer bedrohten versicherten Besizes beträgt 290 250 577 M. (darunter 224 639 339 Millionen Grundbesitz), der Werth des gesammten zerstörten versicherten Besizes beträgt 1 750 760 M. (darunter 681 976 M. für Baulichkeiten). Mithin sind nur 0,60 pCt. des bedrohten Besizes zerstört. — Die Kosten für das Feuerlöschwesen beliefen sich auf 1 835 255 M. — Interessant ist die Statistik über den Sturz von Feuerwehrtypen. In Halle gekommen sind insgesamt 125 Pferde, davon 35 auf Stein- oder Holzpflaster, 90 auf Asphaltpflaster. Werden von den 35 Fällen auf Steinpflaster die 5 Fälle abgezogen, in denen die Pferdeabstürzen den Unfall zum Sturz gegeben haben, so ergibt sich: genau drei Mal so viel Unfälle auf Asphalt wie auf Stein. Diese Zahlen zeigen schlagend, wie berechtigt die Klagen der Reiter über die Mangelhaftigkeit unseres Asphaltpflasters sind. Bekanntlich hat der Magistrat auf die Hinweise unserer Vertreter im rothen Hause, daß das Berliner Asphaltpflaster hinter den in anderen Großstädten erfüllten Bedingungen der Sicherheit weit zurückstehe, auf die angelegentlich nach der Statistik guten Resultate verwiesen. Wenn solche Resultate der Statistik als günstig von der Verwaltung erachtet werden, so kann es allerdings nicht Wunder nehmen, wenn eine Verbesserung des Berliner Pflasters ebenso wie Fortschritte auf anderen Gebieten der städtischen Verwaltung an der Selbstversicherungssucht der freisinnigen Stadtverwaltung scheitern. — Aus dem Bericht entnehmen wir ferner, daß die Ausbildung der Feuerwehmannschaften im Samariterdienst gute Erfolge aufzuweisen hat. Die Ausbildung im Samariterdienst wird nach dem Grundsatze geleitet, „nur die erste Hilfe“ zu leisten, um weitere Beschädigungen zu verhüten, dem Verunglückten nach Möglichkeit Bänder und die schnellste und sachgemäße Ueberführung in ärztliche Behandlung zu verschaffen. Wenn außer 102 Personen (darunter 87 Angehörigen der Feuerweh), denen auf der Brandstelle Hilfe zu Theil wurde, die Feuerweh in 74 Fällen die erste Hilfe angedeihen lassen mußte, in denen Personen auf der Straße u. s. w. ohne Zusammenhang mit einem Brande hilfsbedürftig wurden, so zeigt dieser Umstand wiederum schlagend, wie durchaus ungenügend die Sanitätswachen der ihnen obliegenden Aufgabe nachzukommen vermögen und wie sehr berechtigt das wiederholt gestellte Verlangen der Arbeitervertreter im rothen Hause ist, auf Kosten der Gemeinde für die erste Hilfe angeordnet werden zu lassen, die in ärztliche Behandlung zu treffen, das mindestens die erste Hilfe bei Unfallsfällen, Krankheiten u. s. w. von einer hinreichenden Anzahl von der Stadt verwalteten Sanitätswachen geleistet werde. Aber auch auf diesem Gebiete sträubt sich ja bekanntlich die freisinnige Stadtverwaltung mit Händen und Füßen dagegen, einer Aufgabe gerecht zu werden, die zu erfüllen Pflicht eines Gemeinbewußtens wie Berlin ist. — Es mag aus dem Bericht auch die Wassermenge angeführt werden, die zur Bewältigung der Brände gebraucht wurde. Nicht weniger als 3 159 740 Liter Wasser haben diesem Zweck dienen müssen. Von 22 Bränden erforderten je der einen Wasserverbrauch von über 20 000 Litern. Obenan steht der Brand Kohlen-Ufer 2/3 mit 435 170, dann folgt der Brand der Manufaktur mit 420 544, dann der Mantuffelstraße 67 mit 246 400 Litern u. s. w. — Die Hilfe der Feuerweh wurde endlich in 94 Fällen beansprucht, ohne daß Feuergefahr vorlag. Diese Thätigkeit erstreckte sich insbesondere auf Hilfe bei Verschüttungen auf Bauten, auf Beseitigung der Gefahr einer Ueberschwemmung, auf Herausholen von Pferden aus Kellern, aus Dammgruben, aus dem Kanal, aus der Spree, auf durch Sturmwind hervorgerufene gefährliche Schäden u. dgl. Als Kuriosum dürfte folgende Registrierung unter diese 94 Fälle zu erachten sein: am 29. Juni galt es, in der Luthowstraße, Ecke Verlegerstraße, eine rothe Fahne von einem Baum zu entfernen.

Neizehn Prozent Dividende schlägt der eben erschienene 9. Geschäftsbericht der Neuen Berliner Dunibus- und Packfahrt-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 1892/93 der am 28. nächsten Monats stattfindenden Generalversammlung zur Vertheilung an die Aktionäre vor. Die Bilanz ergibt einen Betriebs-Ueberschuß von 442 892,82 M., von denen 62 587,82 M. für Abschreibungen abgehen. Mit einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahre von 1076 M. bleiben also 378 728,70 M. zur Vertheilung, für welche der Aufsichtsrath folgende Vorschläge macht:

10 pCt. für den Reservefonds . . .	37 872,90 M.
5 pCt. für den Aufsichtsrath . . .	18 936,40 „
7 pCt. für Direktion und Beamte für den Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds . . .	15 000,— „
für den Wertheigenen-Reservefonds . . .	5 000,— „
Gratifikation an Beamte . . .	8 000,— „
zur Vertheilung an Schaffner, Briefträger und Kutscher . . .	20 000,— „
außerordentliche Zuweisung an den Reservefonds . . .	62 127,10 „
18 Prozent Dividende an die Aktionäre . . .	180 000,— „
Vortrag auf neue Rechnung . . .	5 281,80 „

Neben den kolossalen Summen, die an die Aktionäre und die wenigen Mitglieder des Aufsichtsraths und der Direktion zur Vertheilung kommen oder dem Reservefonds außerordentlich zufließen, also das Kapital der Aktionäre vermehren, erscheinen die den tausend Arbeitern und unteren Beamten zustehenden Gratifikationen lächerlich winzig.

Ein schneidiger, gefeierter Mann von weltmännischer Bildung scheint der Herr Oberförster Krumbogen in Neubrück bei Fürstentum zu sein. Derselbe stellte sich unseren Genossen, die am zweiten Pfingstfeiertage in Neubrück Wahlblätter und Stimmzettel mit bestem Erfolge vertheilten, als Amtsvorsteher vor und befahl ihnen, sich von der Straße zu entfernen. Als unsere Genossen mit Recht bezweifelten, daß der Herr Oberförster die Befugnis habe den Flugblattvertheilern die Anwesenheit auf städtischen und Gemeindegewegen zu verbieten, erklärte derselbe einmüthig: „Halten Sie das Maul!“ Da unsere Genossen von der Meinung waren, daß ihrem Sprechapparat genau dieselbe Bezeichnung gebührt, wie dem des Herrn Oberförsters, und da ferner der Herr Oberförster zu Thätlichkeiten überging, indem er unsere Genossen vor die Brust stieß, so zog es der Genosse Haber vor, den Wunsch dieses Herrn, der zu seiner Unterstützung zwei Fortgeschritten in Zivil herbeigerufen hatte, zu erfüllen und seine Legitimationspapiere vorzuzeigen. Unser Genosse fügte sich also der Gewalt, obwohl er der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen konnte, nur um zu sehen, wie weit die Gefeskenntnis dieses Herrn reichte, und da stellte sich dem heraus, daß der Herr den § 43 der Reichs-Gesetzgebung nicht kannte. Unser Genosse beabsichtigt nun, sich beschwerend an den Minister des Innern zu wenden, um denselben zu veranlassen, den Herrn Oberförster und Amtsvorsteher von Neubrück mit den Bestimmungen des § 43 der R.G.O. bekannt zu machen.

Die Inhaber der in der Umgegend von Berlin gelegenen Vergnügungstokale haben alle Ursache, mit den verfluchten Pfingstfeiertagen zufrieden zu sein. Besonders der zweite Feiertag brachte ihnen eine solche Fülle von Gästen, daß es schwer war, allen Ansprüchen zu genügen. Einen bitteren Beigeschmack empfinden aber die Wirthe, wenn sie nach beendeter Schlacht Musterung über ihr Geschick halten. Ein Wirth in Johannisthal klagt darüber, daß ihm durch Wegnahme der

Wegenstände, die er den Gästen anvertraute, ein Schaden von annähernd hundert Mark entstanden sei. Bei dem enormen Andrang der Besucher an solchen Tagen ist eine besondere Beaufsichtigung gar nicht möglich und leider wird dies von vielen Gästen in höchst verwerflicher Weise ausgebeutet. Besonders Frauen sind es, die sich kein Gewissen daraus machen und es sogar als eine Art Sport betreiben, Taschen und Köpfe, Messer und Gaben, Gläser und sonstige Gegenstände in ihre Körbe und Koffer zu verpacken, nachdem dieselben von den mitgenommenen Nahrungsmitteln geleert sind, sie scheinen sich kaum darüber klar zu sein, daß sie im Verletzungsfalle wegen gemeinen Diebstahls zur Verantwortung gezogen werden können und daß sie durch ihre Handlungsweise ihren Kindern ein denkbar schlechtes Beispiel geben.

Eine Ausflüger-Statistik während der Pfingstfeiertage geht uns von einem unserer Berichterstatter zu, aus welcher hervorgeht, daß von der 1/4 Million Berliner kaum die Hälfte während des Pfingstfestes innerhalb der Mauern der Residenz anwesend war.

Am nächsten besuchte war Weissenhof, in dessen sechs großen Lokalen am 1. und 2. Feiertage ca. 100 000 Personen anwesend waren. Der Ausschank an Bier betrug für alle drei Feiertage beim Sterneder allein 287 Tonnen!

Friedrichshagen wies nach vorgenommener Zählung der Bahnkarten am ersten Feiertage 14 000 Berliner Besucher auf, die in 25 Sonderzügen befördert wurden; am zweiten Feiertage betrug die Zahl der Berliner Ausflügler 25 000 mit 85 Extrazügen.

Grünau war in den drei Festtagen von 70 000 Berlinern besucht. — Die Dampfer der Sternzugesellschaft auf der Oberspreewalden nach Stralau, Treptow, Sadowa u. s. w. während des Pfingstfestes ca. 94 000 Personen.

Durch Berliner Vergnügungsgäste hatte sich die Zahl der Bewohner Potsdams nahezu verdoppelt, die Charlottenburgs nahezu verdreifacht.

Nach der märkischen Schweiz, speziell nach Freienwalde, führten während der Feiertage 4000 Berliner, und den Reizen der sächsischen Schweiz mochten — nach der Zahl der Extrazüge nach Dresden zu schließen — etwa 9000 Berliner Ausflügler einen zweitägigen Besuch abgestattet haben.

„Gebildete junge Leute“ gaben ihrer „Bildung“ in der Nacht zum Mittwoch Unter den Linden schneidigsten Ausdruck. Als der Inhaber des Freizeugeschäftes Mittelstraße 32/33, Max Schönkowsky, um 12 1/2 Uhr auf dem Heimwege die Straße Unter den Linden entlang ging, fiel ihm unangenehm auf, daß vier junge Männer einen Straßenreiner, der sich in Ausübung seines schwierigen Berufes befand, in unpassender Weise neckten und ihm schließlich den Besen zu entziehen versuchten. Schönkowsky trat für den nächsten Arbeiter ein und machte die übermäßigen Herren auf das Unzulässige ihrer Handlungsweise aufmerksam. Damit erreichte er zwar seinen Zweck, daß sie von dem Straßenreiner abließen, wurde aber selbst das Opfer der toben Patrone. Man fiel über ihn her und brachte ihm zwei ziemlich erhebliche Wunden auf der Mitte des Kopfes und im Gesicht bei. Der Ueberfallene, der einen überaus starken Blutverlust erlitten hatte, mußte sich durch einen Schutzmännchen zu einem Arzte führen lassen, der ihm einen Verband anlegte. Die Persönlichkeiten der rohen Menschen sind leider nicht festgestellt worden; doch glaubt der Ueberfallene, in einem von ihnen den Kaufmann B. erkannt zu haben, der früher im Kaiserbagar angestellt gewesen ist.

Ward und Selbstmordversuch. In der verflochtenen Nacht hat der Diener D. ein Garnisonkirchhof in der Hasenheide anscheinend seine Geliebte erschossen und sich dann selbst eine Schußwunde beigebracht. Noch lebend wurde er nach einem Krankenhause gebracht. Da er nicht vernunftgemäß ist, so hat über die Persönlichkeit des Mädchens, deren Leiche dem Scharnhaufer übergeben worden ist, nichts festgestellt werden können. Ebenfalls hat der Verwegene zur That ermittelt werden können.

In diesem schrecklichen Ereignisse erhalten wir noch folgenden näheren Bericht: Der Mörder ist der am 18. Februar 1872 geborene Diener Hermann Hampel, der bei dem Fabrikbesitzer Küppers, Kurfürstent. 135, in Stellung war, und die Ermordete ist seine Schwägerin, die 18-jährige Emma Zeitmann. Hampel lebte in einer noch jungen Ehe und war Vater zweier kleiner Mädchen, deren jüngstes das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die Ehe war dem allgemeinen Urtheile nach glücklich zu nennen. Die Familie, deren Wohnung im Hintergebäude lag, hatte seit acht Tagen vor Ostern die Schwester der Frau, ein ungewöhnlich hübsches Mädchen, aus der Heimath in Schlesien zu sich kommen lassen, damit sie hier die Schneiderin lerne. Schon wenige Tage nach dem Eintreffen des Besuches fiel der Frau Hampel auf, daß ihr Mann an der schönen Schwester ein besonderes Wohlgefallen zu finden schien und daß auch diese ihrem Schwager recht verständnisvoll zulächelte. In der richtigen Voraussetzung, daß ein längerer Aufenthalt der Schwester in der gemeinschaftlichen Wohnung ihr Ehelid nicht zuträglich wäre, bat sie das junge Mädchen, ihre Häuslichkeit zu meiden und sich ein anderes Unterkommen zu suchen. Daran erhielt sie die kurze Antwort: „Hier ist mein Platz; hier bleibe ich.“ Frau Hampel mußte dann erleben, daß das Liebespaar seiner gegenseitigen Neigung offen Ausdruck gab. In die unglückliche Frau erhielt unweidentliche Beweise, daß sie von beiden als das Hindernis für eine Verbindung angesehen und verabscheut wurde. Trotzdem sah sie der weiteren Entwicklung der Dinge schmerzvoll, aber ruhig zu. Da Hampel wohl einsehend, daß an eine Lösung seiner Ehe nicht zu denken war, andererseits aber auch von seiner Schwägerin nicht lassen konnte, so muß das Paar darauf bezügliche Verhandlungen gepflogen haben, die zu dem beiderseitigen Entschlusse führten, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Am Dienstag Mittag verließ Hampel zugleich mit seiner Schwägerin die Wohnung, nachdem er einen sechslosigen Revolver geladen zu sich gesteckt hatte. Als Frau Hampel später ihr Wohnzimmer betrat, fand sie einen Jettel auf dem Tische vor, der die kurzen, aber inhaltsschweren Worte enthielt: „Lebt wohl, Hermann und Emma.“ Beide hatten ihre Namen eigenhändig geschrieben. Frau Hampel blieb unfähig, etwas zu unternehmen, in der Wohnung zurück. Das Paar muß nun den Tag über unbeweglich sein und erst in der Nacht den Thortor aufgesucht haben. Dort hat Hampel vier Schüsse auf seine Schwägerin abgegeben, von denen drei in die Lunge, einer in die rechte Brustseite eingedrungen war. Dann hat Hampel die Waffe gegen sich selbst gerichtet und die beiden letzten Schüsse in seine Brust gejagt. Als das Paar nebeneinander gestreckt früh aufgefunden wurde, lebte Hampel noch und wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht, wo man nur wenig Hoffnung auf Wiederherstellung hegt.

Das Unglück auf dem Nordbahnhof Schönholz am Abend des ersten Feiertages schildert eine Augenzeugin unserem Berichterstatter in folgender, auch in den begleitenden Nebenunterschieden für weite Kreise beherzigenswerthen Weise: „Mein Gatte war während der Feiertage verreist; ich befand mich mit meinen Kindern von 3 Jahren und 7 Monaten und dem Dienstmädchen allein zu Hause, als am Nachmittage meine Schwester mit ihrem Gatten erschien und mir juredete, von dem nahe gelegenen Nordbahnhof mit nach Schönholz zu fahren. Trotz meiner Abweigung, an Festtagen für kurze Touren die Eisenbahn zu benutzen, ließ ich mich bereden — aber ich werde das nicht wieder thun. Mit Mühe und Noth wurden wir vier Erwachsene und zwei Kinder vom Gedränge in ein überfülltes Koupee geshoben; von selbständiger Bewegung war nicht zu reden. Gegen 9 Uhr befanden wir uns wieder auf Bahnhof Schönholz, um die Rück-

fahrt anzutreten. Wir mußten vor der geschlossenen Barriere des Bahnhofs stehen bleiben, weil erst der Schnellzug durchfahren sollte, doch waren wir um unsere Beförderung gar nicht besorgt, denn nicht 500 oder gar 600 Personen waren, wie gemeldet, auf dem Bahnhofe, sondern höchstens 150, die sich an der Barriere stauten. Von einem intensiven Gedränge war gar keine Rede. Unmittelbar vor mir öffnete ein Bahnbeamter — die Charge entzieht sich der Beurtheilung einer Frau — die Barriere und schlüpfte hindurch. Ein junges Mädchen drängte sich hinter jenem ebenfalls durch, ich war schon geneigt zu folgen, der Moment der Ueberlegung rettete mich und meinem Kinde vielleicht das Leben, denn blysschnell, ehe ich zu einem Entschlusse kommen konnte, sah ich den Bahnbeamten von dem Luftdruck des heranbrausenden Schnellzuges geschleudert an die Barriere fliegen, dem jungen Mädchen, welches nachgedrängt war, riß die Lokomotive Stirn und Augen wie mit dem Rasirmesser abgeschnitten fort, ihr Hut flog mir und meinem Kinde, welches ich auf dem Arme trug, mit schmerzlicher Behemung ins Gesicht. Ich war halb ohnmächtig, mein Lächelchen bekam vor Schreck die innerlichen Krämpfe, ich sah noch den blutenden Leichnam vor meinen Füßen liegen, wie ich aber später nach Berlin gekommen bin, daß weiß ich nicht. Ich habe mich wie in einem schrecklichen Traume befunden. Meine Tochter ist noch heute krank. An Festtagen werde ich nie wieder die Eisenbahn für kurze Entfernungen benutzen, am allerwenigsten mit Kindern, denn die Gefahr ist größer wie das Vergnügen.“

Zu dem gestern gemeldeten Verbrechen in Spandau erlaubt der Besitzer des Restaurants „Neue Welt“, Feßler, eine Aufzählung an die Zeugen des Unfalles, wonach sich diejenigen Personen bei ihm melden mögen, welche die genaue Ursache des Unfalles mit angesehen haben. Ferner werden diejenigen, welche am Sonntag Vormittag in der Fischen Wirtschaft freibillet durch einen Unbekannten zu einem Konfurrenzlokal gehalten, aufgefordert, sich bei F. zu melden. Die Ausgabe der Freibillet steht, so vermutet man, mit dem Unfall der Gerbrüder Bachroel in Verbindung. — Bezüglich des Artisten Westphal ist noch zu bemerken, daß die Verletzung desselben viel schwerer ist, als man ursprünglich vermutete; der Künstler ist für lange Zeit am Auftreten verhindert und befindet sich in ärztlicher Pflege.

Selbstmorde. Der 42 Jahre alte Buchhalter Gottlob Adam, verheiratet und Belle-Alliancestraße wohnhaft, hat sich Dienstag Nachmittag um 2 1/2 Uhr mit Cyanallium in seiner Wohnung vergiftet. Er wurde von der nach Hause kommenden Ehefrau auf dem Sopha liegend als Leiche aufgefunden. Was ihn zu dem Selbstmorde getrieben hat, ist noch nicht aufgeklärt. Ebenfalls Dienstag sprang ein bis jetzt unbekannt gebliebener Mann Abends gegen 7 Uhr an der Belle-Alliance-Brücke in den Kanal und ertrank. Bei dem Abfalle aus dem Wasser gezogenen Leichnam wurde ein blauerirtes Taschentuch mit dem Zeichen S. M. vorgefunden. Außerdem steckte an einem Finger des Todten ein goldener Sichelring mit rothem Amethyst. Vielleicht führt diese Angabe zur Ermittlung des Selbstmörders.

Marktpreise in Berlin am 23. Mai, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—16,30 M., mittlerer von 16,20—16,00 M., geringer von 15,90—15,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 14,80—15,20 M., mittlerer von 14,70—14,00 M., geringerer von 14,30—14,00 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,40 M., mittlere von 16,80—15,20 M., geringe von 15,10—14,00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,80—16,40 M., mittlerer von 16,30—15,90 M., geringer von 15,80—15,40 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von — M. Heu per 100 Kilogr. von — M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,00—1,20 M. Schmalz per 1 Kg. von 1,20—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,00—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,20 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 3,00—1,00 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 2,00—1,00 M. Barsche von 1,60—0,80 M. Schleie von 2,80—1,20 M. Bleie von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—1,75 M.

Polizeibericht. Am 22. d. M. Abends wurde ein Droschkentreiber in seiner Wohnung in der Fürstenstraße erhängt vorgefunden. — Am 23. d. M. Morgens wurde im Landwehrkanal, an der unteren Schließe im Thiergarten, die Leiche eines etwa 50 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Vor dem Hause Swinemünderstr. 27 fiel Mittags ein Kutscher von dem von ihm geführten Geschäftswagen, wurde überfahren und erlitt mehrere Rippenbrüche, so daß er nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden mußte. — In seiner Wohnung in der Belle-Alliancestraße 61 vergiftete sich ein Buchhalter, anscheinend mittelst Cyanallium. — Im Thiergarten, in der Nähe der Rousseau-Insel, wurde Nachmittags die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Gegenüber dem Grundstück Gitschinerstr. 2 sprang Abends ein unbekannter, etwa 35-jähriger Mann in den Landwehrkanal und ertrank. — An der Ecke der Ritter- und Prinzenstraße wurde eine 50-jährige Frau durch einen Omnibus überfahren. Sie erlitt einen Bruch des Oberschenkels und mußte nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden. — Im Laufe des Tages fanden sechs Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Wegen Verstoßes gegen die §§ 9 und 10 des alten preussischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851 hatte sich gestern der Maurer Hermann Franz Schulz vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 19. Mai in einer in der Brauerei Adnigshof abgehaltenen Versammlung Druckschriften und den Lohnzettel des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands vertheilt, ohne eine besondere Erlaubnis der Ortspolizeibehörde dazu zu besitzen, wie sie in den §§ 9 und 10 des alten preussischen Pressgesetzes verlangt wurde. Diese beiden Paragraphen gehören zu denjenigen, welche trotz des Reichs-Strafgesetzbuches in Kraft geblieben sind. Der Angeklagte erhielt daher ein polizeiliches Strafmandat, gegen welches er auf richterliche Entscheidung antrug. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, führte aus, daß die §§ 9 und 10 des alten preussischen Pressgesetzes durch den § 43 der Gewerbe-Ordnung aufgehoben worden sei, wonach nur diejenigen, welcher gewerbmäßig Druckschriften an öffentlichen Orten verkaufen oder vertheilen will, der Erlaubnis der Polizeibehörde bedarf. Dies sei hier aber nicht der Fall. Der Gerichtshof war gleichfalls der Meinung, daß §§ 9 und 10 durch den § 43 der Gewerbe-Ordnung aufgehoben seien und erkannte deshalb auf Freisprechung.

Die Töpler David und Hagen waren am 5. April von dem Schöffengericht zu Spandau von der Anklage des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs freigesprochen. Gegen dieses Urtheil erhob der Staatsanwalt Berufung, die am 18. Mai vor der Strafkammer des Landgerichts zur Verhandlung kam. Die Berufung führte sich darauf, daß auf dem Bau, auf welchem die Angeklagten die beschäftigten Arbeiter bewegen wollten, die Arbeit niederzuliegen, eine Tafel angebracht gewesen sei mit der Aufschrift: „Unbefugten ist der Eintritt verboten.“ Die Angeklagten behaupteten, die Tafel sei so angebracht gewesen, daß sie dieselbe nicht bemerken konnten. Der Gerichtshof bestätigte

das freisprechende Urtheil des Schöffengerichts. Bemerkenswerth ist in dem Plaidoyer des Staatsanwalts die Behauptung, daß die Aussagen der Entlastungszeugen, die am Streit mitbetheiligt gewesen, nicht so glaubwürdig seien, wie die der Streikbrecher.

Die versuchte Ueberrumpelung eines Vergnügungsvereins durch Gensdarmen beschäftigte am Mittwoch die erste Strafkammer am Landgericht II. In Reinickendorf hatte sich im vorigen Jahre der Preisclub „Ranch“ gebildet, der bei der Wahl in dem Verbaute stand, eine sozialdemokratische geheime Gesellschaft zu bilden. Der Club tagte bei dem Obstwirth Diebick. Wenn die Gensdarmen Besuche abstatteten, ging Alles in harmloser Weise zu, und doch glaubten die Beamten überzeugt zu sein, daß in ihrer Abwesenheit sozialistische Propaganda getrieben würde. So wurde dem für den Abend des 2. November ein großer Coup vorbereitet. Das Wirthshaus wurde von Gensdarmen umstellt, einer derselben schlich sich von hinten in das Lokal und horchte aus einem Nebenzimmer zu, wie sich die Versammelten über die Gestaltung des Zukunftsstaates unterhielten. Im gegebenen Augenblick drangen die Gensdarmen ein, beschlagnahmten Statuten und Adressenliste und notirten die Anwesenden. Gegen acht Mitglieder des Clubs — einschließlich des Wirthes — wurde Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes erhoben, das Schöffengericht am Landgericht II verurtheilte nur den Wirth wegen Polizeikontrevention zu 15 M. Geldstrafe, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Gegen dieses Urtheil legte der verurtheilte Wirth, andererseits die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Für ersteren machte Rechtsanwalt Freudenthal geltend, daß derselbe vor Einleitung des Strafverfahrens mit einem Strafmandat über 5 M. belegt und daher außer Verfolgung zu lassen sei. Für die übrigen Angeklagten hielt der Verteidiger den Beweis nicht erbracht, daß dieselben in geheimer Versammlung sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt hätten. Der Gerichtshof schloß sich dem Verteidiger in allen Punkten an und erkannte für alle Angeklagten auf Freisprechung.

In einem Betrugsprozeß, welcher gestern vor der 131. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand, erregte die kaum glaubliche Einfalt und Verblendung des Geschädigten die Verwunderung des Gerichtshofes. Zu verantworten hatte sich die Restaurateurs-Ehefrau Martha Haupt. Seit Jahren wohnte bei der Angeklagten der nicht mehr junge Arbeiter B. . . , der im Laufe der Jahre gegen 900 M. zurückgelegt und bei der Sparkasse untergebracht hatte. Eines Tages erhielt B. einen Brief von Frauenhand, der ihm durch die Angeklagte überbracht wurde. Eine „Dame“, die vorläufig ihren Namen nicht nennen wollte, erklärte dem Adressaten darin, daß sie sich herzlich in ihn verliebt habe. B. fand darin keineswegs etwas Auffallendes, er freute sich. Bald darauf folgte ein zweiter Brief, etwas zärtlicher wie der vorige. Die Absenderin nannte sich Agnes Schütz, sie wiederholte ihre Liebeserträge und bat B. er möge der Angeklagten, die ihr aber strengste Verschwiegenheit gelobt habe, vertrauen und ihr durch dieselbe Rückantwort zukommen lassen. B. schrieb, so gut er konnte, er versicherte, daß auch er „die vornehme Dame“ liebe. Nun entspann sich ein reger Briefwechsel, der von der Angeklagten vermittelt wurde. Fräulein Schütz war recht häufig in Geldverlegenheit, sie bat den Geliebten bald um hundert, bald um zweihundert Mark und knüpfte daran das Versprechen, daß er sie nunmehr bald sehen solle. B. hatte häufig auf der Sparkasse zu thun. Eines Tages holte er das Letzte, er übergab es der Wirthin mit dem Bemerken, daß er seiner „Braut“ nunmehr Alles geopfert habe. Von dieser Zeit an hörten die Briefe auf. B. schöpfte jetzt erst Verdacht, daß man mit ihm Komödie gespielt. Es stellte sich heraus, daß „die Braut“, die er nie zu Gesicht bekommen, garnicht existierte. Die Angeklagte hatte alle Briefe selbst geschrieben und dabei eine große Erfindungsgabe entwickelt. Von den Ersparnissen hat B. nichts zurückerhalten können. Die Angeklagte gab zu, alles Geld für sich und die übrigen verbraucht zu haben, sie entschuldigte sich mit großer Noth. Während der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis beantragte, erkannte der Gerichtshof auf drei Monate Gefängnis, da der Geschädigte den Betrug durch seine übergroße Dummheit gar zu leicht gemacht.

Soziale Ueberblick.

Die Riemendreherei-Besitzer Wermens beschloßen, wie der Telegraph meldet, in einer von 54 Personen besuchten Versammlung von der Einstellung der Betriebe abzusehen, da der Streik der Arbeiter angeblich abnimmt. Die Zahl der Streikenden soll nur noch 500 betragen. An den bisherigen überlangen Arbeitstagen von elf Stunden halten die Herren Unternehmer natürlich fest, denn sie werden schwerlich elf Stunden täglich arbeiten, und dann wollen sie noch eine Vereinnung gegen die Streiks bilden.

In Siereudorf bei Wien streiken die Arbeiter der Fabrik von Dawidowski u. Brudner.

Der internationale Bergarbeiter-Kongress in Brüssel wurde am Dienstag durch die vom Ministerium angeordnete und trotz gegentheiliger Bemühungen des Universitätsprofessors Doktor Denis und des Delegirten der belgischen Grubenarbeiter, Gavrot, aufrecht erhaltene Ausweisung der französischen Berggärten Lamendin und Basly gestört. Die Besprechung dieses Vorfalls ist in der Politischen Uebersicht gegeben. Am Mittwoch beschloß, wie uns ein Spezialtelegramm meldet, der Kongress mit 994 000 Stimmen gegen 100 000 Stimmen der Bergleute Nordenglands die in gesetzlicher Weise geltend zu machende Forderung nach staatlicher Einführung des Achtstundentages, in den die Zeit für Ein- und Ausfahrt in den Schacht mit eingerechnet werden soll. Mit 974 000 Stimmen der Franzosen, Belgier, Deutschen, Oesterreicher u. gegen 120 000 Stimmen der Bergleute aus Durham, Wales und Northumberland soll dann der Kongress — wie uns ein zweites Telegramm meldet — unter großem Enthusiasmus sich dafür erklärt haben, daß, falls die Regierungen den Achtstundentag nicht binnen einer bestimmten Frist einführen, an einem bis dahin geheim zu haltenden Termin die Bergleute der ganzen Welt die Arbeit einstellen. Nach dem Wollschiffen Bureau soll der Streik für Anfang nächsten Winters in Aussicht genommen sein. An den Kongress nahmen unter anderem theil aus England die Parlamentsmitglieder Picard, der Schriftführer des Kongresses und Burt, Unterstaatssekretär im Handelsministerium, ferner Woods, der zum Vorsitzenden der ersten der beiden heutigen Sitzungen ernannt wurde, und Fennick, der Schriftführer der britischen Gewerksvereine der Bergleute. Die „Politische Zeitung“ ist über die Anwesenheit eines britischen Ministers in tolle Wuth gerathen. Sie zeter: „daß ein Mitglied des Gladstoneschen Kabinetts sich unter die bunte Gesellschaft von festländischen Revolutionären mischt, ist eine Lalllosigkeit, die gerade jetzt auffallen muß, wo entweder über den Beratungen oder bei einem Trinkgelage einer mit dem heißen Wunsch der Revolutionäre aus Deutschland und anderwärts kommen wird, daß die Militärvorlage nur ja endgiltig scheitert. Ein Kabinettsmitglied irgend eines anderen Staates hätte eine solche Gesellschaft gemieden.“ Die englischen Minister werden über diesen spasshaften Wuthausbruch nicht wenig gelacht haben.

Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Rorschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 23. d. Mts. Vormittags. In derselben begründete Kollege Hobisch nochmals in kurzen Zügen

